

# Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Der 19. August

Illegale Berichte  
über Wahlterror und  
Wahlfälschung

Seite 7

Nr. 217 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Mittwoch, den 19. Sept. 1934

Chefredakteur: M. Braun

## „Im Kriegsfall...“

### Ein Dokument zu Hitlers Friedensreden

Bezirksverband Ludwigsbafen a. Rh.  
im Deutschen Reichskriegerbund „Kuffhäuser“  
Bezirksstelle Z.N. II, Siegfriedstraße 10.  
Bez. Z.N. II Ludwigsbafen, August 1934

Sehr wichtig! Lesen!

Sehr geehrter Herr Kamerad!

Da Sie sich bis jetzt zur Z.N. II noch nicht gemeldet haben, bzw. den Ihnen übergebenen Verpflichtungsschein noch nicht unterschrieben zurückgeschickt haben, bitte ich Sie dringend, meine nachstehenden Ausführungen sorgfältig durchzulesen. Sie sollen Sie über die Z.N. II aufklären und Ihnen Ihren Entschluß zum Beitritt zur Z.N. II erleichtern helfen.

Ich verpflichte Sie, von meinen Ausführungen, die vertraulicher Natur sind, nur in Kameradenkreisen Gebrauch zu machen.

#### 1. Zweck der Z.N. II

Wenn von einer Z.N. II die Rede ist, wird sich mancher fragen:

Was ist die Z.N. II?

Was will sie?

Warum wurde sie gegründet?

Die Z.N. II ist nicht, wie die Z.N. I und die Z.N. eine Formation politischer Soldaten, sondern eine Formation, welche der Heimatschutz übertragen ist. Ihr obliegt z. B. eintretendenfalls der Schutz der Luftschiffahrt, der Schutz öffentlicher und industrieller Anlagen, Polizei- und Gendarmeriedienst u. dgl. Sie ist also diejenige Formation, deren Aufgabe es ist, im Kriegsfall die Fronttruppe, in dem die junge Generation dienen wird, in der Heimat den Rücken zu decken und junge Kräfte, die im Falle des Nichtbestehens der Z.N. II für diesen Heimatschutz verwendet werden müßten, für das Frontheer frei zu machen. Sie werden nun verstehen, warum die Z.N. II auf Anregung der zuständigen Stellen ins Leben gerufen wurde, es wird Ihnen aber auch klar sein, daß zur Bildung dieser Organisation nur der Kuffhäuserbund berufen werden konnte, jener Bund der 8 Millionen Soldaten, der die größte Vereinigung ehem. Kriegsteilnehmer und Frontsoldaten ist, die in Deutschland besteht. Der Bund hat seine ganze Organisation in den Dienst der Z.N. II gestellt, um die ihm übertragenen ehren- und verantwortungsvollen Aufgabe voll und ganz lösen zu können. Es ist daher auch die Pflicht eines jeden Kuffhäuserbundes-Mitgliedes, und eines jeden Mitgliedes einer Mittl.-Vereinigung, das eingetragenen wehrfähig ist, sich zur Z.N. II zu melden; denn gerade von dem alten Soldaten, der einerseits die Ehren des Krieges kennt, andererseits aber auch den Wert eines guten milit. Schutzes zu schätzen und zu würdigen weiß, kann und muß verlangt werden, daß er sich den Aufgaben der Z.N. II nicht entzieht. Für alle gibt es Verwendungsmöglichkeiten: sei es im Dienst im Freien, sei es im Büro, im Magazin- oder in anderem Dienst. Erwägungen persönlicher Natur wie Familienlasten, Liebesverhältnisse, zeitraubender Liebhabereien, haben zurückzutreten; der Dienst am Vaterland geht vor. Im übrigen wird dafür Sorge getragen werden, daß eine übermäßige Inanspruchnahme durch Dienst nicht erfolgt. Neben dem Dienst wird nur die und da ein kl. Marsch in Probe genommen, anherdem werden von Zeit zu Zeit Appelle notwendig werden. —

— Also, keine Ausreden bezüglich Zeit! —

#### 2. Wer kann sich zur Z.N. II melden?

a) jedes Mitglied eines milit. Vereins, ohne Rücksicht auf das Alter,

b) jedermann, auch Nichtgediente, der einem milit. Verein nicht angehört, das 45. Lebensjahr aber vollendet hat.

Nicht melden dürfen sich Angehörige der Z.N., Z.N. I, von Fliegerarmeen oder der NSKK, uniformierte Polizeibeamte, Mitgl. d. Sanitätskolonnen.

Z.N. Ref. II

#### 3. Wie und wo erfolgt die Meldung?

Die Meldung erfolgt durch Ausfertigung eines Verpflichtungsscheines, der entweder beim Vereinsführer oder bei der Bezirksmeldestelle, Lu. Siegfriedstr. 10, in Empfang genommen werden kann und nach Unterschrift an den Vereinsführer abzugeben ist.

#### 4. Wann hat die Meldung zu erfolgen?

Sofort! Die Listen werden spätestens am 31. August 1934 geschlossen. Ob später eine Meldung von Kameraden noch möglich sein wird, die jetzt schon milit. Vereinen angehören, ist sehr fraglich.

#### 5. Beiträge zur Z.N. II

Für die Mitglieder des Kuffhäuserbundes ist der Beitrag zur Z.N. II im Vereinsbeitrag, der ab 1. Juli 34 monatlich über 50 Pfennig betragen muß, enthalten.

Für Mitglieder von milit. Vereinen, welche dem Kuffhäuserbund nicht angeschlossen sind, gelten für die Z.N. II folgende Beitragssätze:

Im allgemeinen 50 Pfennig monatlich

f. Schwerkrriegsbeschädigte

u. Sozialrentner

30 Pfennig monatlich

Auch die finanziellen Leistungen, die von den Mitgliedern der Z.N. II verlangt werden, sind also nicht derart, daß sie nicht vom größten Teil des in Frage kommenden Personenkreis getragen werden könnten! Ich darf daher auch erwarten, daß keiner unserer Kameraden mit der Meldung zurückbleibt:

Nicht der Angestellte und Arbeiter, dessen Lebensgrundlage das Bestehen und der Schutz industrieller Handwerks- und Handelsbetriebe ist,

nicht der selbständige Geschäftsmann, dessen Unternehmen im Falle eines Feindeinfalles vernichtet wird,

nicht der Bauer, dessen Haus und Hof des Schutzes bedarf, alle nicht, da es im Notfall gilt, dem Vaterlande nicht seine Hilfe zu versagen, dem Feinde das Ueberdrehen der Reichsgrenzen zu verwehren und damit Haus und Hof, Familie, Hab und Gut vor feindlichem Zugriff zu bewahren.

Jeder unserer jetzigen Kameraden, der sich diesem Dienst entzieht, indem er der Z.N. II nicht beiträgt und sein Abstreichen nicht genügend begründen kann, schließt sich damit aus unserer Gemeinschaft aus, für ihn ist kein Platz im Kreise von Kameraden, die auch im neuen Deutschland sich ihrer soldatischen Pflichten bewußt sind.

Darum heraus mit dem unterschriebenen Verpflichtungsschein, hinein in die Z.N. Ref. II.

Abzeichen und Ausweise werden später über die Vereinsführer zugestellt.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Heil Hitler!

gez. Stepp,

Optm. a. D., Bezirksführer.

## Intrigen Berlins

Ein Rachestückchen

Berlin, 18. September.

Die bedrohliche außenpolitische Entwicklung macht dem Außenministerium große Sorge. Dies um so mehr, als die schwankende Gefühlspolitik Hitlers jede außenpolitische Linie unumgänglich macht. Die Schwertung Mussolinis hat den Führer geradezu zum Rasen gebracht. Er kann jetzt darauf, die italienisch-französische Annäherung zu fördern. Es sollen, als die biederdeutsch-italienische Freundschaft noch sehr dick war, von italienischer Seite ganz bestimmte Vorschläge an die Reichsregierung über die Einkreisung Frankreichs gemacht worden sein. Nun will Hitler diese Pläne den Franzosen in die Hände spielen. Vielleicht ist es sogar schon geschehen und möglicherweise recht vergrößert.

Es ist natürlich ausgeschlossen, daß ein solches Rachestückchen ernsthaft außenpolitische Verhandlungen führt; es kann nur als ein neuer Beweis der Intrigantentypik des jetzigen Berliner Regimes wirken.

## Spanien in Unruhe

(Von unserem Berichterstatter)

I. W. Madrid, 16. September 1934.

Die politischen Ferien in Spanien sind vorüber, wenn auch das Parlament noch geschlossen bleibt. Eine dicke Wolke voll Unruhe und Erregung lagert über dem Land. Die Sommerhitze, die die politischen Gegner ein bißchen ausschmücken ließ, hat nachgelassen. Man besinnt sich wieder auf die alten Feindschaften, auf Forderungen und Gegenforderungen.

Gil Robles, der Führer der katholischen Volksaktion, rief seine Freunde zu einem Waffentreffen nach dem Wallfahrtsort Covadonga in der Provinz Asturien. Wie vor einigen Monaten im Kloster El Escorial, wollte er auch diesmal dem Lande zeigen, daß hinter ihm die katholischen Massen ständen. Und wieder, wie damals, nur kläglich, mißlang der geplante Akt. Die asturianischen Arbeiter waren in Generalstreik getreten, der die ganze Provinz umfaßte. Kein Eisenbahnzug verkehrte auf den Kleinbahnlinien nach Covadonga, kein Autobus konnte ohne Hindernisse auf der Landstraße passieren, Brücken waren gesprengt, Straßen und Schienen aufgerissen worden, um die Anfahrt der Klerikalkaschisten wenn nicht ganz zu verhindern, so doch zu erschweren. Vor dem angekündigten Tage, Sonntag, hatten sich jedoch bereits 1000 Vorsichtige eingefunden und weiteren tausend gelang es am Sonntag zu erscheinen. Sie bildeten die Massenfeste für die Rede Gil Robles.

Diese Rede hat eine eminente Bedeutung für die zukünftige Politik Spaniens. Sie wendet sich eindeutig gegen die bisher unterstützte Regierung Somper, die als schwach und ungeschickt bezeichnet wird und nicht mehr des Vertrauens der klerikalen Rechten würdig sei. Gil Robles wünscht ein neues, starkes Kabinett, das aus der jetzigen Parlamentsmehrheit hervorgehen soll, eventuell von den Liberal-Demokraten zu bilden wäre, und, falls dies nicht zustandekäme, verkündet er die Bereitschaft der Volksaktion, selbst die Macht zu übernehmen.

Der Kampf des Klerikalschismus gegen die Linke ist somit in ein neues Stadium — vielleicht in sein Endstadium — getreten. Eine „starke“ Regierung im Sinne des Gil Robles heißt: Unterdrückung jeglicher freiheitlicher Regungen der organisierten Arbeiterschaft und der mit ihnen sympathisierenden Linkrepublikaner. Das Kabinett Somper hat die Vorarbeiten geleistet. Es hat mit Verfolgungen und Unterdrückungen aller Art gegen die Linke erfolgreich gearbeitet, aber es hat — nach Gil Robles Meinung — zu sehr seine privaten Interessen als die der Nation (worunter einzig und allein die katholische Rechte zu verstehen ist) vertreten.

Somper bleiben zwei Wege offen: Entweder Gil Robles' Mahnungen auf schnellstem Wege zu beherzigen und den Druck gegen die Linke mit Nachmitteln aller Art bis zu ihrer vollständigen Unschädlichmachung zu verstärken oder abzugeben. Im allgemeinen rechnet man mit dem Rücktritt seines Kabinetts, aber es ist auch möglich, daß Lerroix, der wiederholt mit Gil Robles und mit Alcalá Zamora verhandelt hat, einen anderen Ausweg findet, so daß nur eine Teilkrisis stattfindet und einige der „schwächlichen“ Minister durch andere, robustere, ersetzt werden. Die Probleme, die vor allem zu bereinigen sind, sind die Konflikte der Zentralmacht mit Katalanien und den Baskenländern. Die Lage spitzt sich hier von Tag zu Tag mehr zu. In Katalanien hat die Befürwortung der von der Generalität von Barcelona für illegal erklärten Protestversammlung der katalanischen Grundbesitzer in

## Der rote Sieg in Schweden

Die gleichgeschaltete Presse hat die Sprache verloren

Soweit die nationalsozialistischen und die gleichgeschalteten Zeitungen überhaupt von dem gemaltigen Wahlsieg der Sozialdemokratie in Schweden Kenntnis nehmen, tun sie es an verdrehter Stelle.

Das Deutsche Nachrichtenbüro meldet das Ergebnis im germanischen Norden wie folgt:

Dub. Stockholm, den 17. September 1934.

Von den bisher abgegebenen gültigen Stimmen für die Wahlen zu den Landstingenen haben die Konservativen 372 000, die Landwirtschaftliche Partei 279 000, die Volks-

partei 207 000, die Sozialdemokraten 682 000, die Sozialistische Partei 58 000, die der Komintern angehörenden Kommunisten 42 000 und die Schwedischen Nationalsozialisten 8000 Stimmen erhalten.

Da die Wahlen zu den Landstingenen noch nicht abgeschlossen sind, kann ein endgültiges Urteil über das Ergebnis noch nicht abgegeben werden. In politischen Kreisen wird jedoch die Ansicht vertreten, daß die Stimmengewinne der Sozialdemokraten ihnen doch wohl nicht die absolute Mehrheit

(Fortsetzung siehe 2. Seite)

Madrid durch das Kabinett Zamper höchste Unzufriedenheit der Bevölkerung neu hervorgerufen. Als eine Art Protestaktion kann man daher die Verhaftung jenes spanischen Staatsanwaltes in Barcelona auffassen, der einen katalanischen Strafverteidiger wegen Ungehorsams vor Gericht zu zwei Monaten Gefängnis und 1000 Pef. Geldstrafe verurteilte. Diese Verhaftung wiederum spannte die Beziehungen der Madrider Regierung zur Generalität.

Wenn auch der Protest-Generalstreik der Madrider Arbeiter ihre Solidarität mit der Generalität bekundet, so hat er doch auf die Beschlüsse des Kabinetts Zamper keinen Einfluss ausgeübt. Im Gegenteil, es befürwortet das Vorgehen der Arbeitgeberverbände, diejenigen Arbeiter auszusperrten und durch unorganisierte zu ersetzen, die der Streikparade nachgekommen waren. Gelingen ist dieser Versuch bisher den monarchistischen Zeitungen „Racion“ und „Informaciones“, die ihre sämtlichen Arbeiter entließen, um neu einzustellen. Der Buchdruckerverband hat ein Manifest herausgegeben, das seine Mitglieder auffordert, dafür zu sorgen, daß die beiden Zeitungen nicht zum Vertrieb kommen, sollte auch ihre Drucklegung dank gelber Elemente gelingen. Die Unruhe ist so stark ob dieser Ereignisse, daß ein neuer Generalstreik droht, der notwendigerweise in eine revolutionäre Bewegung ausarten müßte.

In den baskischen Provinzen und Asturien wertet man nur auf einen Wink von Madrid. In den Baskenländern wurden 750 Stadtverordnete abgesetzt und es ist kaum möglich, Ersatz für sie zu schaffen. Ungeheure Erregung hat dort auch die Ermordung des Linkrepublikaners Manuel Andres Casaus Freundes Aganas hervorgerufen. Die Kerker sind überfüllt.

Das gleiche gilt für Asturien. Ueber 50 Sozialisten, die angeblich die Begleitung eines Waffentransportes bildeten, sind verhaftet worden. Man bemächtigte sich eines Lastautos, das 70 Kisten mit etwa 1000 Schuß Munition enthielt und behauptete, sie seien für eine sozialistische Revolution bestimmt. Der „Socialista“ erklärt dazu, daß das Material nicht der Arbeiterschaft zugeordnet gewesen sei, daß im Gegenteil ein bekannter Rechtspolitiker den Transport, der von Cadix zu Schiff nach Asturien geleitet wurde, um dort auf vier Lastwagen verladen zu werden, die Waffen und Munition an Rechtskreise habe verschoben wollen.

Die „Debate“ — Organ Gil Robles' — verkündet — ohne jeden Beweis —, daß der Waffensfund für einen sozialistischen Aufstand bestimmt gewesen sei, der am Tage der Ueberführung der Reste der kassierten Nationalhelden Galan und Hernandez nach Madrid ausbrechen sollte. Damit versucht sie zu rechtfertigen, daß die Regierung die für den 15. September festgesetzte Ueberführung der Leichen auf unbestimmte Zeit verschoben hat, eine Handlung, die vor allem die Gemüter der Linkrepublikaner aufbegehren läßt.

Die Propagationen der Regierung unter dem Einfluß Gil Robles' aber haben ein Gutes gezeitigt: Den Zusammenschluß der spanischen Arbeiter in der Einheitsfront, den sogenannten „Alianzas Obreras“ (Arbeiterbünde). Die Kommunisten, die sich bisher unter dem Vorwand, ersten müßten Sowjets gebildet werden, ehe man in die Zentraleitung der Einheitsfront eintrete, den Alianzas nicht angeschlossen hatten, haben jetzt einstimmig in der Versammlung des Landesauschusses ihrer Partei ihren Beitritt beschlossen. Für den Kampf der Arbeiterschaft gegen den Klerikalfaschismus bedeutet das einen erfreulichen Fortschritt. Denn wenn die Kommunisten auch zahlenmäßig nur eine kleine Minderheit innerhalb der Gesamtarbeiterschaft bilden, so würde ihr Abseitsstehen von der Einheitsfront einer revolutionären Bewegung einen unnützen und unsinnigen Hemmschuh vorschleppen. Der Entschluß der spanischen Kommunisten, sich mit den Sozialisten und den übrigen Arbeiterorganisationen der Alianza Obrera zu vereinigen, ist daher nicht nur vom nationalen, sondern vor allem auch vom internationalen Gesichtspunkt der Arbeiterbewegung aus freudig zu begrüßen.

Durch diese Einigung, der nur noch kleine Teile der Sozialisten und Anarchisten fernstehen, ist das Kräfteverhältnis zwischen Kapitalismus und Arbeitern Spaniens zugunsten der letzteren im Endkampf um die Macht gewonnen. Heute haben sie die Sympathien derjenigen Bürgerkreise wiedergewonnen, die sich in ihren Gefühlen und Wünschen betrogen sehen durch den demagogischen Kurs der radikalen Regierung.

Man kann sich jedenfalls auf eine bewegte Zukunft in Spanien gefaßt machen.

## Das Neueste

In Paris wird für Anfang November mit dem Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Schulzinger als Weite Rente aus Lüttich (Genador) meldet, ist Dr. Gerret, d. h. kurz nach den Verhandlungen, die Außenminister Parthou in Rom mit Mussolini führen wird.

Man hat, der einzige Ueberlebende einer Expedition von 24 Teilnehmern, nach fast zehnjährigem Aufenthalt in den Dschungeln des Amazonas zur Zivilisation zurückgeführt.

Im östlichen Graubünden richtete am Montagmorgen ein schwerer Unwetter mit hartem Hagelschlag großen Schaden an.

Bei -trekkunruhen in Manila wurden zwei Arbeiter getötet und 19 verletzt.

Im weiteren Verlauf der Untersuchung des Brandunglücks an der „Rorro Castle“ wurde festgestellt, daß der fliehende Kapitän Narms im Jahre 1926 als Kapitän des Dampfers „Narmur“ 10 Tage vom Dienst entbunden wurde, da er die vorgeschriebenen Feuerübungen nicht abgehalten hatte.

## Das ans'öbige Hakenkreuz

Basel, 18. Sept. (Anred). Bei der Ankunft des Duisburger Dampfers „Dellwien“ im Baseler Rheinhafen kam es zu lebhaften Unruhen. Die Hafenarbeiter veranlaßten eine spontane Kundgebung und verlangten, daß die Hakenkreuzfahne vom Mast des Dampfers entfernt werden sollte. Die Erregung im Hafen war so stark, daß der Kapitän schließlich veranlaßt werden mußte, die Fahne einzuziehen.

# Der rote Sieg in Schweden

Fortsetzung von Seite 1.

gegen die vereinigten bürgerlichen Parteien sichern dürften, selbst bei Unterstützung der kleinen kommunistischen Parteien, von denen eine sich Sozialistische Partei nennt; sie wurde durch Zusammenschluß der von der Komintern unabhängigen Kommunisten mit den extremen Elementen der früheren Sozialdemokraten gebildet. Die Haltung der Landwirtschaftlichen Partei, die bei den Wahlen auf Kosten der Konservativen und der Volkspartei Erfolge zu verbuchen hat, ist indessen noch ungewiß. In der Reichstagsperiode 1933/34 waren nämlich viele Fragen durch ein Zusammengehen der Sozialdemokraten mit den Landwirten gelöst worden.

## Die Bedeutung

Aus Stockholm wird und geschrieben:

Der Umstand, daß diese Landtagswahlen seit dem Bekand der sozialdemokratischen Regierung das erste von größerem Umfang sind, hebt ihre politische Bedeutung weit über das Maß früherer Landtagswahlen hinaus. Dies machte sich auch in dem kurzen, aber heftigen Wahlkampf voll bemerkbar. Es ist heute schon klar, daß vom Ausgang dieser Wahlen, die von der Regierung als ein Votum über ihre gesamte Politik betrachtet werden, die kommende politische Gestaltung Schwedens in großem Maße abhängt. Die schwedische Regierung, die rein sozialdemokratisch zusammengesetzt wurde, ist eine Minderheitsregierung, die allerdings eine Minderheitsregierung, die das außerordentliche moralische Plus für sich in Anspruch nehmen kann, daß hinter ihr zwar nicht die Mehrheit der Kammermandate, wohl aber die sozialistische Stimmenmehrheit des Volkes steht. Der Wahlkampf wurde vollständig im Zeichen der Regierungspolitik der beiden letzten Jahre geführt. Die sozialdemokratische Regierung hat als Minderheitsregierung die Stimmenhilfe der Bauernpartei und eines Teiles der freisinnigen Partei bei ihrem im Wahlkampf von 1932 verfolgten Krisenhilfsplan für Industrie und Landwirtschaft genossen. Im Wahlkampf selbst war sie allein auf die Kräfte der Sozialdemokratischen Partei angewiesen. Man kann sagen, daß praktisch allen Parteien, ob rechts, ob links, den Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie geführt haben. Links sind es die sogenannten Moskautkommunisten und die früheren „Albom-Kommunisten“, die sich jetzt „Sozialistische Partei“ nennen, eine Art SAP, rechts die konservative

Rechtspartei (Högerpartei), die aus den Liberalen und den Freisinnigen kurz vor den Wahlen neugebildete „Neue Volkspartei“, die während des Wahlkampfes völlig unter der Führung ihres regierungsfeindlichen Flügels stand und schließlich die Bauernpartei, die zwar im Wahlkampf agitorisch die Regierung unterstützte, jedoch örtlich Listenverbindungen sowohl mit der „Neuen Volkspartei“ wie auch sogar mit der Rechtspartei eingegangen ist. An der äußersten Rechten der Wahlfront standen die unterkriechlichen offen deklarierten Naziparteien (Narugerd, Lindholm) und schließlich der sogenannte SMOA, die von den Rechten abgespaltene „Schwedische Nationalpartei und nationaler Jugendverband“, eine rein faschistische, mit den Nazis liebäugelnde Gesellschaft, die in Listenverbindung mit den Konservativen steht. Ihre Niederlage ist eindeutig.

Der sozialdemokratische Wahlkampf erwuchs zunächst aus der Tatsache, daß in den beiden Jahren der sozialdemokratischen Regierung Schweden einen ganz außerordentlichen konjunkturellen Aufschwung genommen hat, den stärksten von allen Skandinavien, weiter, daß gerade in die Zeit der Wahlvorbereitung sowohl der 30. Juni in Berlin wie der 25. Juli in Wien fielen, die beide einen sehr starken Eindruck auf die schwedische Öffentlichkeit gemacht haben. Subjektiv sprach für die Regierung der große Erfolg des Krisenhilfsplanes. Die Konjunktur allein, so bedeutend sie auch ist, hätte niemals jene außerordentlich starke Abnahme der Arbeitslosigkeit mit sich gebracht, die sich in den ersten sieben Monaten des Jahres 1934 vollzogen hat. Seit Januar ist die Arbeitslosigkeit in Schweden um rund 50 Prozent gefallen, wobei gleichzeitig die übrigen Arbeitslosen in ein festes Netz von Notstandsarbeiten und Unternehmungen einbezogen wurden. Auch die landwirtschaftliche Produktion hat sich glänzend erholt. Es ist interessant, daß im Wahlkampf auch die bürgerlichen Parteien nicht umhin konnten, diese Tatsachen anzuerkennen, ja, daß sie den ganzen Wahlkampf darauf aufbauten, daß angesichts der guten Lage der schwedischen Wirtschaft eine Fortsetzung der Hilfsmaßnahmen der sozialistischen Regierung nicht mehr notwendig sei. Darüber hinaus hatte sich der Wahlkampf zu einem prinzipiellen Kampf zwischen sozialistischer Planwirtschaftspolitik und der kapitalistischen Privatinitiative zugeipfelt. Ob diese sozialistische Planwirtschaftspolitik, die Schweden als das erste europäische Land aus der Krise herausgeführt hat, weitergeführt werden soll oder ob wieder die kapitalistischen Parteien, die das Land in die Krise führten, aus Ruder kommen sollen, das ist der Sinn der schwedischen Herbstwahlen.

# Der „geliebte Pfarrer“

## Katholischer Priester der braunen Front

Pfarrer Wilhelm von der „eutschen Front“ reist seit durchs Saarland. In Altenwald hielt er zwei Versammlungen ab, über die die braune Presse berichtet. Danach hat der katholische Priester unter anderem gesagt: „Wir wählen nicht am 13. Januar, wir wählen heute und morgen, was wir ewig im Herzen tragen und was uns kein Vertrag und kein Zustand nehmen kann, die Tatsache nämlich, daß wir Deutsche sind. Gott hat das deutsche Volk geschaffen mit all seinem Seelenreichtum, damit es seine kulturelle Mission im Reigen der Völker erfülle. Und so ist es Gottes Auftrag und Wille, daß wir, ein Teil vom Ganzen, zu unserem Volke stehen. Die Abtötung ist keine Wirtschaftstrage, sie ist Dergendliche, Blutsache. Die deutsche Front ist auch keine Partei, sie ist eine Volksbewegung.“

Man war nach den Berichten „viel ergriffen“ bei diesen Ausführungen des „geliebten Pfarrers“. Er treibt die gleiche Demagogie wie die anderen politischen Redner. Es geht nicht um Deutschland und Deutschland. Es geht darum, die Deutschen des Saargebietes nicht einer un-deutschen un' wider christlichen Diktatur auszuliefern. Das alles weiß Pfarrer Wilhelm ganz genau. Er weiß um den Druck auf seine Glaubensbrüder, von der Ermordung hervorragender Katholiken, vom Sturm auf Bischofspaläste, der Mißhandlung und Verhaftung seiner Priesterkollegen. Herrn Pfarrer Wilhelm wird das ja nicht vorkommen. Er ist gut angeschrieben, auf Grund seines Eintretens für das „dritte Reich“, das er vorgibt, für Deutschland zu halten.

Der Papst, der die Blut- und Bodenlehre des Nationalsozialismus als dem christlichen Geste zuwider ablehnt, wird sich freuen, in Herrn Wilhelm einen braunen Bluto-Pfarrer in seiner Obhut zu haben.

## Die Kirche wird bespitzelt

Die Wiener „Reichspost“ veröffentlicht folgende Dokumente:

Geheimes Staatspolizeiamt

II, I B 1 — G 4918

710. Geheim!

An die Staatspolizeistelle in . . . .

Wie verlautet, sind vor einiger Zeit Kardinal Faulhaber sowie die Bischöfe von Münster und Rottenburg in Sonderaudienz vom Papst empfangen worden. Auf Grund der stattgehabten Erörterungen soll sich die vatikanische Politik in nächster Zeit Deutschland in besonderer Weise zuwenden. Es soll ein Pressefeldzug gegen Deutschland einleiten, innerhalb des Reiches sollen Vorbereitungen getroffen werden, um im Augenblick härtere Maßnahmen der Regierung gegen die politisierenden Geistlichen Deutschlands in einen Zustand des Kirchenstillstandes zu versetzen. Die Kirchen sollen in diesem Falle geschlossen und keinerlei priesterliche Funktionen ausgeübt werden.

Ich ersuche, den Vorgesetzten in der katholischen Bewegung besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und über etwaige Beobachtungen in dieser Richtung unverzüglich zu berichten.

ges. Heudrich.

Beiglaubigt:  
Schüler.

II.

Staatspolizeistelle

für den Regierungsbezirk . . . . . den 25. 8. 34.

Betrifft: Katholische Aktion.

Die Exerzitien der katholischen Verbände nehmen einen ungewöhnlichen Umfang an, insbesondere wurde die Teilnahme von Ausländern, teils als Lehrer, teils als Teilnehmer beobachtet. Eine Überprüfung der

betreffenden Persönlichkeiten wird daher notwendig. Die Exerzitienhäuser sind rechtzeitig zu unterrichten, daß für die Teilnehmer der Exerzitien polizeiliche Anmeldepflicht besteht. — Die Durchführung ist zu überwachen. — Die Teilnehmer sind mir zu melden unter Angabe der Personennamen. — Ich ersuche, mir die Exerzitienkalender der einzelnen Diözesen bzw. Pfarreien, Klöster pp. jeweils rechtzeitig zuzulenden.

Dr. R.

(Die im vorstehenden sichtbare Auslassung von Orts- und Personennamen geschieht aus begründeter Vorsicht.

T. B.)

Die katholische „Neue Saarpst“ bemerkt dazu: „Hier wird ein Spionagesystem sichtbar, das in die intimsten kirchlichen Gebiete, den Verkehr der Bischöfe mit dem Heiligen Stuhl und die religiösen Gewissenssprüngen einbringt. Unterdrückungen, als verurteilte der Vatikan und reichsdeutsche Bischöfe eine reichsfeindliche Propaganda zu mobilisieren und als rüste sich die Kirche, auf gerechte Maßnahmen der Regierung mit einem Interdikt zu antworten, werden als Legitimation für diese würdelosen gegen die katholische Kirche gerichteten Polizeimethoden verwendet. Die Ueberwachung des gesamten Geisteslebens wird bis in die Familienkreise hinein durch das Zellenwesen durchgeführt. Wie sehr das Ergebnis der Wahlen überwach wurde, beweist ein jüngst erfolgter Erlaß der Geheimen Staatspolizei an sämtliche Gauleiter, in dem sie angewiesen wurden, innerhalb 24 Stunden genauestens Auskunft zu geben über die Ursachen des schlechten Ausganges der Wahlen, besonders im katholischen Gebiete Rheinland-Westfalen, über die Verteilung der „Reinstimmen“, die Stellung des Klerus in den betreffenden Orten, die notwendigen Gegenmaßnahmen.“

## Protestanten in Bayern

Die Anhänger des Landesbischofs marschieren auf

Wie aus München gemeldet wird, haben über 1000 bayrische Protestanten, die Gegner der offiziellen Reichskirche sind, sich heute vor der Residenz des Landesbischofs der evangelischen Kirche, Meißner, versammelt, und brachten ihm eine lange Kundgebung dar. Sie billigten seine energische Haltung gegenüber der Reichskirche und ermutigten ihn, in seinem Widerstand gegen den Landesbischof Müller fortzuführen. Man befürchtet jedoch in den oppositionellen Kreisen, daß Bischof Meißner, ebenso wie Bischof Wurm in Würtemberg unter irgend einem Vorwand abgesetzt werden wird.

## Fritz Thyssen

Die Luft im „dritten Reich“ bekommt ihm nicht mehr

Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet aus Berlin: Fritz Thyssen, der bis vor kurzem der politisch führende Mann der westdeutschen Schwerindustrie war, hat eine Reise nach Südamerika angetreten, von der er vor dem nächsten Jahr kaum zurückkehren dürfte. Nachdem schon im Sommer die früheren engen Beziehungen Thyssens zur Nationalsozialistischen Partei erloschen waren, scheint seine Opposition gegen gewisse wirtschaftspolitische Maßnahmen des Regimes noch weitere Spannungen erzeugt zu haben. Es klingt deshalb nicht unwahrscheinlich, wenn es heißt, daß Thyssen aus den ihm nachschwebenden Kreisen im Ruhrgebiet den dringenden Rat erhalten habe, Deutschland für einige Zeit zu verlassen.

# Neutrale Saar-Polizei kommt

## Einige Länder haben die Anwerbung freigegeben

Genf, 18. September.

Der bekannte Dreier-Ausschuss zur Saarfrage vertritt die Meinung, daß es nicht Aufgabe einzelner Länder sei, die Kontingente für die Polizeitruppen zu stellen. Präsident Knox soll vielmehr die ihm notwendig erscheinenden Schritte zur Werbung der Polizeitruppen selbst unternehmen, und zwar auf privatem Wege. Dabei wird die Regierungskommission des Saargebietes auf deutschsprachige Polizeifeldaten aus Luxemburg und Südtirol zurückgreifen; die Regierungen Luxemburgs und Italiens hätten gegen derartige private Dienstverträge ihrer Staatsangehörigen in der Saar keine Einwendungen erhoben. Eine endgültige Beschäftigung dieser Abmachungen liegt noch nicht vor.

# Terrorfall — von der braunen Front erfunden

Saarbrücken, 18. September.

In der gleichgeschalteten Presse des Saargebietes wurde gestern ein angeblicher Terrorfall mitgeteilt, dessen Opfer ein Mann namens Schulz aus Mündswies, ein Mitglied der braunen Front, geworden sein sollte. Der diese Schilderung des geheimnisvollen Ueberfalls gelesen hat, wird sofortig darauf geklopfen sein, daß es mit diesem Terrorfall keine eigene Bewandnis hat. Wie richtig diese Vermutung gewesen ist, bestätigt folgende Meldung der Regierungskommission:

Die Regierungskommission, Direktion des Innern, teilt mit: In einem Teil der Presse wurde heute eine Erklärung mit weiteren Bemerkungen eines Anton Schulz aus Mündswies veröffentlicht, die zu folgenden Feststellungen Veranlassung gibt:

1. In der Nacht vom 15. zum 16. September 1934 fand auf Veranlassung und unter Leitung des Inspektors der saarländischen Polizei in der Nähe von Franzenholz eine Polizeiaktion statt, in deren Verlauf sich eine männliche Person in der Dunkelheit auffällig bemerkbar machte. Die anwesenden Beamten trafen im dienstlichen Interesse die erforderlichen Maßnahmen, um eine Störung der Aktion durch diese Person, die sich nicht anzugeben vermochte, zu vermeiden. Der Betreffende leistete jedoch derartigen Widerstand, daß sich die Beamten gezwungen sahen, diesen zu brechen und die Person der Verhaftung zu übergeben.

Die Schilderungen in der sogenannten eidesstattlichen Erklärung des Anton Schulz sind in erheblichem Umfang unklar und widersprechen den Tatsachen. Wenn gegen Schulz teilweise Gewalt angewendet werden mußte, so hat er sich dies selbst zuschreiben, da er sich den Anordnungen der uniformierten Polizei nicht fügte.

2. Ein Kriminalbeamter hat sich im Verlaufe der Aktion unrechtmäßig in seinem Dienst entlehnt und die reichsdeutsche Grenze überschritten. Er ist inzwischen wieder nach Saarbrücken zurückgeführt.

# Nach echtem Hitler-Muster

## Auch an der Saar werden Naturfreunde-Häuser zerstört

Kirfel, 18. September.

In der Nacht von Samstag auf Sonntag traten mehrere SA-Beute aus Zweibrücken in das Naturfreundehaus in Kirfel ein und demolierten vollständig die dort befindlichen Möbel. Die zerstörten Gegenstände warfen sie sodann zum Fenster hinaus. Die Täter wurden als SA-Angehörige aus Zweibrücken einwandfrei erkannt. Die Tat stellt eine ungeheure Dreistigkeit dar. Wie kann es möglich sein, daß SA-Beute aus dem „dritten Reich“ es wagen, im Saargebiet solche Schandtaten zu verrichten?

# Schuschnigg entwickelt seine Pläne

## Er orakelt über den Februar-Aufstand

Von unserem Korrespondenten

Paris, 18. September.

Die große Sensation in Genf — der Eintritt der Sowjets in den Völkerbund — ist nicht mehr das Tagesgespräch. Im Mittelpunkt des Interesses steht jetzt die Frage Österreich. Und so berichtet denn auch der Genfer Sonderberichterstatter des „Paris-Soir“, Jules Sauerwein, seinem Blatt von einem interessanten Interview mit dem Bundeskanzler Schuschnigg.

Schuschnigg erklärte, es sei natürlich das Ziel der Genfer Besprechungen, Österreich in Zukunft gegen eine Einmischung Dritter in die österreichische Innenpolitik zu schützen. Es sei bekannt, so erklärte der Kanzler, daß Italien nach dieser Richtung eine Initiative entfaltet habe, die einigen anderen Staaten nicht zweckentsprechend scheint. Man dürfe aber sicher sein, daß Österreich das größte Gewicht darauf lege, daß wenn eine solche Vereinbarung zustande komme, sie sich nicht gegen die anderen richten werde. Ganz im Gegenteil hoffe Österreich auf die

Mitarbeit aller Nachbarstaaten.

denn nur dadurch könne nicht allein die innere Ruhe Österreichs, sondern auch der Frieden Europas garantiert werden. Wer erwidert die völlige Unabhängigkeit Österreichs wünsche, der sei zur Mitarbeit an diesem Verteidigungswerke willkommen.

Zur Unterdrückung der Sozialdemokratie erklärte der Bundeskanzler, die österreichische Regierung habe die Verbarmender mit Milde behandelt und die Todesstrafe nur über diejenigen, denen vorläufiger Mord nachgewiesen werden konnte, verhängt. Wenn die Revolutionäre Erfolg gehabt hätten, hätte Schuschnigg hinzu, so wäre, wie aus den „Schwarzen Listen“ und den Plänen, die man beschlagnahmt habe, hervorgehe, ganz Österreich in Flammen und Blut angegangen.

Diese Neukernungen Schuschniggs, so schreibt Sauerwein, seien insofern wichtig, als in England eine lebhaftere Agitation gegen die österreichische Regierung betrieben werde, auf Grund deren die englische Regierung wenig Lust zeige, sich am Schutz der österreichischen Unabhängigkeit zu beteiligen.

Die Kleine Entente dagegen werde zwei Grundzüge geltend machen:

1. Die Unabhängigkeit Österreichs müsse durch ein internationales Abkommen garantiert werden, das dem Völkerbund untersteht und bei dem keine Großmacht irgendwelche Vorrechte besitzt.

2. Die Garantie muß sowohl gegen die Wiederherstellung der Habsburger Monarchie wie auch gegen den Anschluß wirksam sein. Beide Möglichkeiten scheinen der Kleinen Entente gleichermassen schädlich für den Frieden der Welt.

# Anschluß erledigt

## Oesterreichs selbständige Politik — Kein Braunschweig in Genf

Wien, 18. Sept. Der Bundesminister für Auswärtiges, Berger Waldeneck, erklärt in der „Neuen Freien Presse“, er sei während der Genfer Tagung in seiner Meinung bekräftigt worden.

daß Österreich von nun an aktiv in die internationale Politik eingreifen solle.

Österreich wolle lebendige Politik treiben; es verleihe aber darunter, daß damit alle Kombinationen, die über eine Neutralisierung Österreichs verbreitet wurden, für die Bundesregierung entfallen. Als Ergebnis der politischen Besprechungen in Genf könne man festlegen sehen, daß jetzt alle Fragen und Wünsche hinsichtlich Österreichs aus der Diskussion ausscheiden und daß über Anschluß und dergleichen überhaupt nicht mehr gesprochen werde und gesprochen werden könne.

Der Außenminister kam dann auf die Frage der Erweiterung des Komplexes zu sprechen und erklärte, es wäre ein großer Fehler zu glauben, daß die römischen Pläne ein Vertrag seien. Sie seien wohl eher eine Art Rahmenvereinbarung. In seinen Besprechungen mit dem südlawischen Außenminister hat er feststellen können, daß das Maß dessen, was diese Länder im Verkehr mit Österreich und

überdies im Donauraum im weitesten Sinne wirtschaftlich geben könnten, noch lange nicht erschöpft sei.

Endlich erklärte der Außenminister, daß die österreichische Regierung davon absehen wolle, in Genf vor der ganzen Welt das „J'accuse“ zu sprechen, zumal da alle Länder über die Schwierigkeiten, die Österreich bereitet wurden, und über ihren Umfang informiert seien. Die österreichische Regierung werde daher in Genf das Brauchbuch nicht vorlegen.

Die österreichische Regierung drängt also Hitlerdeutschland, ohne in Genf eine wahrscheinlich fruchtlose Anlaufdebatte zu veranstalten, von Österreich ab. Die österreichische Politik Hitlers ist erledigt. Eines der wichtigsten Ziele der nationalsozialistischen Außenpolitik ist durch die Niederlage Hitlerdeutschlands liquidiert.

An dem von Mussolini zu Ehren aller Mitwirkenden des Gastspiels der Wiener Staatsoper gegebenen Bankett hat Mussolini sein Bestreben bekundet, gelegentlich der Stadt Wien einen Besuch abzustatten.

# Saarhütten ohne Erze

## Die große Gefahr der Rückgliederung

Bekanntlich sind die Saarhütten auf den Bezug der lothringischen Eisenerze (Minette) angewiesen. Fast 95 Prozent des Erzbezuges der saarländischen Hütten stammen aus Lothringen. Es handelt sich um eine Menge von durchschnittlich 3 Millionen Tonnen.

Von französischer Seite ist wiederholt erklärt worden, daß im Falle der Rückgliederung und der Errichtung der lothringischen Zollgrenzen die Minettelieferung nach dem Saargebiet aus militärischen Gründen eingestellt wird. Herr Köhling und die übrigen Führer der braunen Front erklärten bisher, daß diese Behauptungen ein Bluff seien, daß Frankreich angeblich die Erze liefern muß und daß im übrigen all diese Behauptungen zu den bekannten Greuelmärchen der antisozialistischen Presse gehören. Während aber wir der Lügen und Verleumdungen beschuldigt werden, wurde ganz im stillen noch einer anderen Erzquelle gesucht. Und nun sieht sich das Organ der braunen Front an der Saar, die „Deutsche Front“, gezwungen, unsere Behauptungen indirekt zu bestätigen, indem sie ausführlich über die Erzuntersuchungen in Süddeutschland berichtet. Das Blatt schreibt unter anderem:

„Die Frage der Abbaufähigkeit der badisch-württembergischen Eisenerzlager kann im positiven Sinne als entschieden gelten. Nach sachmännlichem Urteil wird die Frage der Aufbereitung als weitgehend gelöst betrachtet. Die Unterbringung durch entsprechende Tarife der Reichsbahn darf als gesichert angenommen werden.“

Die Untersuchungen und die Abbaupläne beziehen sich, wie die „Deutsche Bergwerkzeitung“ erzählt, vor allem auf das Gebiet zwischen Donauelschingen und Weilingen (westlich von Donauelschingen). Eine Reihe von Interessenten, darunter bekanntlich auch das Völklinger und das Neunkircher Eisenwerk, haben große Untersuchungen und Aufbereitungsversuche durchgeführt. Es wird damit gerechnet, daß eine Interessengruppe an die Herstellung einer zunächst kleinen Anlage gehen wird. Hierfür dürften die Lager bei Gudmadingen in Betracht kommen, welche das Zentrum der derzeitigen Untersuchungen bilden.

Eine andere Gruppe führt noch weiterhin große Aufbereitungsversuche und Untersuchungen voran, um noch etwaigen anderen Interessenten die Vorarbeiten zu ermöglichen. Die Ausdehnung dieser Lager wird als groß genug bezeichnet, um drei großen Interessengruppen ein weites Arbeitsfeld zu betreffen.“

Wenn wirklich die Drohung mit der Minettesperre nur ein Bluff wäre, dann würden die kostspieligen Untersuchungen über neue Erzlager in Süddeutschland nicht erforderlich sein. Daß dies doch getan wird, zeigt deutlich, daß die braune Front selbst mit der Minettesperre im Falle der Rückgliederung rechnet. Das Fehlen der guten Lothringener Eisenerze, auf deren Bezug die saarländischen Hütten eingestellt sind, würde für die Hütten und damit für die Hüttenarbeiterschaft bedenkliche Folgen haben. Aber selbst, wenn es gelingen würde, in Süddeutschland neue Erzlager zu erschließen, so würde ihre Aufbereitung mit derart hohen Kosten verbunden sein, daß die Rentabilität der saarländischen Hütten in Frage gestellt würde.

Wir sehen also auch an diesem Beispiel, daß der Anschluß an das „dritte Reich“ für die Saarbevölkerung Steigerung der Not und des Elends bedeutet.

# Die deutsche Schande

## Judenhetze im Hitler-Reich

Wir erhalten aus dem Saargebiet folgende Zusage: „Sie haben in Ihrer gestrigen Ausgabe eine Mitteilung über die Zusagehandlungen in Schwäbisch-Gmünd veröffentlicht. Ich selbst traue über derartige Mitteilungen aus einem Lande, das einst in besseren Zeiten der Stolz der europäischen Zivilisation war, nicht mehr. Ich wundere mich nur über diejenigen, die immer noch nicht befaßt haben, daß die Artedebots- und Zusagehandlungen in Hitler-Deutschland nicht etwa Auswüchse darstellen, sondern zu diesem System der politischen Verheerung gehören.“

Zum Beweis für die schmutzige Judenhetze, die im Hitlerreich getrieben wird, wird fast immer der Nürnberger „Stürmer“ zitiert. Ueber den sogenannten Frankensführer Julius Streicher, zu dem bekanntlich der „oberste Gerichtsherr“ selbst innige persönliche Freundschaft unterhält, ist nicht nur allein dort zu verlieren. Aber die Streichererei ist nicht nur allein für den Nürnberger „Stürmer“ typisch, sie ist maßgebend für nationalsozialistische Propaganda überhaupt.

Ich war vor einigen Wochen auf einer geschäftlichen Reise im „dritten Reich“. In Frankfurt am Main sah ich die August-Ausgabe der Zeitschrift „Die Kampfare“, das offizielle Organ der Hitler-Jugend für das Obergebiet West. Ich habe mir die Nummer der „Kampfare“ gekauft und sende Ihnen diese mit gleicher Post zu, damit Sie die von mir gemachten Angaben selbst nachprüfen können.

Auf der ersten Seite findet man über die ganze Spalte folgende Ueberschrift in großen Lettern, die für sich spricht. Sie lautet:

„Wer sich mit Juden einläßt, beschmutzt die Ehre der Nation.“ Auf der gleichen Seite sieht man ein großes Bild, das einer beliebigen Nummer des „Stürmers“ in ebenbürtiger Weise Konkurrenz machen kann. Man sieht die Karikatur auf einen Juden, der angeblich die gesamte deutsche Politik, Kultur, Indus und Wirtschaft beherrscht. Unter dem Bild steht man: „Ueberall hat er seine schmutzigen, algerischen Finger im Spiel.“ Ueberall hat er seine schmutzigen, algerischen Finger im Spiel.“ Der große Letzterteil entspricht der Ueberschrift und dem

Bild. So heißt es u. a. dort: „Es spricht für die Brutalität und Hemmungslosigkeit des Semiten, daß seine Herrschaft zu unter Wert sogar dem deutschen Volke, das man doch als das geduldige und gutmütigste unter den Völkern ansieht, zuviel wurde... Wir werden — und darauf können sich die Söhne Judas verlassen — der kommenden deutschen Jugend die Vergangenheit immer als warnenden Reineifel vor Augen halten; denn niemals mehr darf Deutschland, und das ist unser heiligster Wille — ein Objekt ihrer aus Rache, Haß und Herrschsucht geborenen Ausbeutungspolitik werden.“

Dann finden sich in dem gleichen Artikel gefällige Zitate von Goethe, Voltaire, Martin Luther. Und dann heißt es am Schluß: „Das internationale Judentum laßt uns den Kampf an. Wir werden ihn aufnehmen. Jugendgenossen denkt daran. Wir werden den Juden dort tödlich treffen, wo es um sein Geld geht.“

Erinnert euch des Appells des Gauleiters und Staatsrats Groß: „Dort, daß nicht nur ihr, sondern auch die anderen jüdischen Geschäfte meiden. Wer bei einem Juden kauft, einen jüdischen Arzt oder jüdischen Rechtsanwalt zu Rate zieht, beschmutzt die deutsche Ehre.“

Bedenken Sie, daß derartige Heftartikel in einer Zeitschrift erscheinen, das offizielle Organ der Hitler-Jugend ist und in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet wird. Wenn die deutsche Jugend durch derartige Heftartikel aufgereizt wird, dann ist es eine zwangsläufige Erscheinung, daß sie an einzelnen Orten zu Friedhöfen- und Zusagehandlungen schreitet. Wenn man die Jugend dauernd gegen die jüdische Bevölkerung Deutschlands in derart unabweislicher Weise aufricht, dann muß es zu den Auswüchsen kommen, die in Deutschland so oft vorkommen. Die Folgen einer solchen Vergiftung der Jugend sind für die Nation gar nicht abzusehen.

Im übrigen will ich Sie daran erinnern, daß noch gerade vor einigen Wochen Reichsbankrott und Schacht sich darüber beschwert hatte, daß die deutsche Ausfuhr unter anderem auch unter den Folgen des amerikanischen Bonitäts-Idioten, glauben denn wirklich Schacht und Weggen,

daß ihr Appell „an die Vernunft der Welt“ gehört wird, solange der Herr Führer derartige Heftartikel aufhebt und sich mit Julius Streicher identifiziert?

# So sieht er aus!

## Der Intimus des deutschen Staatsoberhauptes

Prag, 18. September. (Z.N.) Nach dem Muster der in der ganzen Welt berüchtigt gewordenen Ritualmordnummer hat Julius Streicher soden eine neue Sonderausgabe des „Stürmers“ in verstärktem Umfange und erhöhter Auflage erscheinen lassen, die den Titel „Die Juden als Weltfeind“ trägt. Bild- und Text-Material dieses Heftes, das in vielen Zehntausenden von Exemplaren in ganz Deutschland verbreitet wird, sind eine einzige Mordbege gegen die Juden. Das Heft enthält mehr als 50 durch Retouren taxifizierte Fotos jüdischer Verbrechen, unter ihnen Gelehrte, Politiker, Bankiers, revolutionäre Führer, aber auch durch Skandalprojekte bekannt gewordene Juden; man sieht u. a. Karikaturen von Rathenau, Guag Breuk (Schöpfer der Weimarer Verfassung), Max Barburg, Paul Dirac (früherer preussischer Ministerpräsident), Leo Trojki, Sinowjew, Kibel, Garmat u. v. a. Der verbindende Text ist in Kapitel eingeteilt, die folgende Ueberschriften tragen: „Juden als Schwinder“, „Juden als Träger der Korruption“, „Juden als Vernichter der Moral“, „Juden als Rote“.

In Deutschland wird der Umstand, daß Streicher, dessen Ritualmordhefte Deutschlands Ansehen in der Welt so viel geschadet hat, nun wieder mit einer verstärkten Judenhetze auf den Plan zu treten wagt, dahin aufgefaßt, daß Streicher's Position bei Hitler besonders seit dem letzten Nürnberger Parteitag außerordentlich stark ist.

## Die Kunstseidekonzerne fischen im trüben

Von der Einfuhrdrosselung sind am stärksten die Textilrohstoffe betroffen. Insbesondere sind rigorose Maßnahmen zur Einfuhrdrosselung von Rohwolle ergriffen worden. Während sich die Rohwolleinfuhr noch im April auf 22,4 Millionen Kilogramm stellte, ist sie im Juni auf 3,2 Millionen Kilogramm gesunken. Im Laufe der nächsten Monate wird die Einfuhr von Rohwolle, Baumwolle, Jute und Seide auf ein Minimum beschränkt.

Das „dritte Reich“ steht somit, auf lange Sicht gesehen, vor der Frage, wie sich die Dinge bei der deutschen Textilindustrie, deren Produktion ohnehin schon seit Ende Juli um 30 Prozent eingeschränkt worden ist, entwickeln werden. Deutschland, das 95 Prozent seines Textilrohstoffbedarfs aus dem Auslande einführt (bei Baumwolle und Jute sind es 100 Prozent) ist nicht in der Lage, die ausländischen Rohstoffe auch nur teilweise durch inländische Erzeugnisse zu ersetzen. Der Anteil der inländischen Rohwolle- und Flachserzeugung bleibt minimal, und es wird deshalb nicht zu vermeiden sein, die Textilproduktion weiter einzuschränken. Die Auswirkungen einer erneuten Produktions-einschränkung in einem Industriezweig, in welchem gegenwärtig etwa 2½ Millionen Menschen beschäftigt sind, würden für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im „dritten Reich“ katastrophal sein.

Die Aufgabe der neugeschaffenen Überwachungsstellen würde es also sein, die größten Anstrengungen zu machen, um in Zukunft die Produktion der Textilindustrie wenigstens auf einer gewissen Höhe aufrechtzuerhalten. Bei der bedenklichen Devisenlage des Reichs scheinen aber geringe Aussichten dafür zu bestehen.

Nun versuchen aus dieser äußerst schwierigen Situation, in die die Textilindustrie durch die Hitler-Mißwirtschaft hineinmanövriert wurde, gewisse Industrielle für sich Kapital zu schlagen. Die Vereinigten Glanzstofffabriken A. G. und die I. G. Farbenindustrie A. G. rennen beim Reichswirtschaftsministerium die Türen ein, um den maßgebenden Stellen einzureden, daß sie „die Retter“ aus der deutschen Textilnot seien. Aber nicht nur das Reichswirtschaftsministerium, auch die Presse wird von diesen beiden Industriekonzernen entsprechend bearbeitet. So fand beispielsweise kürzlich eine Besichtigung des Kunstseidenwerkes Sydowsaue bei Stettin statt, zu der die Vertreter der maßgebenden Zeitungen Deutschlands eingeladen wurden. Bei dieser Gelegenheit wurde den Pressevertretern auseinandergesetzt, welche große Bedeutung der Kunstseide in der jetzigen schwierigen Lage zukommt.

Die Bearbeitung der öffentlichen Meinung setzt sich weiter fort, und in dieser Beziehung ist der Artikel bezeichnend, den Dr. Konrad Herrmann, Vorstandsmitglied der Vereinigten Glanzstofffabriken A. G., sowohl in der „Kölnischen Zeitung“ als auch in der „Rhein-Mainischen Wirtschaftszeitung“ veröffentlichte. Nachdem Dr. Herrmann die bedenkliche Lage der deutschen Textilindustrie angesichts der mangelnden Rohstoffversorgung schildert, macht er für die Kunstseide Reklame. Er schreibt:

„Es ist naturgemäß, daß sich gerade in den heutigen Zeiten die Augen auf dasjenige Erzeugnis richten, das bereits seit Jahrzehnten als Textilrohstoff synthetisch hergestellt wird und sich als solcher bewährt hat. Es handelt sich um die Kunstseide, deren Ausgangsprodukt der Zellstoff ist, also chemisch derselbe Grundstoff, aus dem auch die Baumwolle gebildet ist.“

Aus der Tatsache, daß es wirklich gelungen ist, in weitem Umfang die echte Seide durch die Kunstseide zu ersetzen, kann man schon zum Teil den Beweis herleiten, daß es sich bei der Kunstseide nicht um ein minderwertiges Erzeugnis handelt. Viel wichtiger ist aber, daß sich die Kunstseide neben allen anderen ausländischen Textilprodukten ein eigenes Verarbeitungs- und Verwendungsgebiet geschaffen hat, in dem sie sich voll bewährt hat. Als Erzeugnis hätte die Kunstseide niemals den Siegeslauf durch die ganze Welt antreten können, den sie tatsächlich durchgemacht hat; denn sie wäre darauf angewiesen gewesen, einen Teil des Verbrauchs an echter Seide zu ersetzen, während sie in Wirklichkeit ein Absatzgebiet gefunden hat, das — in den einzelnen Ländern verschieden — im Durchschnitt mindestens 30 bis 40 mal so groß ist wie das Verwendungsgebiet der echten Seide.

Es ist ganz selbstverständlich, daß jetzt aus volkswirtschaftlichen Gründen die größten Anstrengungen gemacht werden müssen und auch mit Hilfe der Regierung gemacht werden, um nicht nur dieses Zurückbleiben wieder aufzuheben, sondern um auch die Kunstseide zu einem Produkt zu entwickeln, das in noch weit höherem Maße als bisher fremde Rohstoffe ersetzen kann. In dieser Beziehung fallen einerseits der Kunstseide, der sogenannten Stapelfaser, ganz besondere und vielleicht noch höhere Aufgaben zu.

Die Stapelfaser wird chemisch in ähnlicher Weise wie die Kunstseide erzeugt, kommt aber nicht als unendlicher Faden auf den Markt, sondern eben in Stapel geschnitten, in der Länge und Struktur

der Baumwoll- oder Wollfaser. Es handelt sich also um ein Produkt, das ähnlich wie die exotischen Rohprodukte, erst von weiterverarbeitenden Spinnereien zum laufenden Faden gestaltet werden muß. Da gerade diejenigen Arbeitsprozesse, die bei der Kunstseide vorteilhaft wirken, bei der Stapelfaser gespart werden können, so ist die letztere wesentlich billiger als die Kunstseide, immerhin aber teurer als Baumwolle, jedoch billiger als Wolle.

Bei einer ausgesprochenen Rohstoffnot ist ein höherer Grund für die Verwendung, aber immerhin erschwert er dieselbe bis zu einem gewissen Ausmaß. Den höheren Preis Preis kein unbedingter und unüberbrückbarer Hinderungsgegenüber der unter kolonialen Verhältnissen erzeugten Baumwolle wird man bei dem Kunstprodukt ebenso in Kauf nehmen müssen wie auch den höheren Preis unsers heimischen Getreides gegenüber ausländischem usw.

Zum Schluß erklärte der Beauftragte des Glanzstoffkonzerns, die Hauptsache sei, „daß wir das Bewußtsein haben, auch diesen neuen Rohstoff in einer Qualität liefern zu können, die ihn befähigt, die große Aufgabe, ausländischer Rohstoffe durch heimische Erzeugnisse zu ersetzen“, zu erfüllen.

Dieser Feldzug der Kunstseidekonzerne bedeutet eine Gefahr für die deutsche Volkswirtschaft. Die Kunstseidemagnaten wollen die für sie günstige Situation ausnützen, um eine erhebliche Steigerung ihrer Produktion auf Kosten der übrigen Textilindustrie herbeizuführen. Diese Pläne erscheinen ja zwar auf den ersten Blick etwas fantastisch. Während im Januar 1933 die Erzeugnisse von Kunstseide in Deutschland rund 31 000 Tonnen betrug, stellte sich der Baumwollverbrauch im gleichen Jahre auf 400 000 Tonnen. Allein aus diesen Vergleichszahlen ist die ganze Bedeutung der Baumwollindustrie in Deutschland zu ermessen. Um die bisherige Baumwollproduktion zu ersetzen, müßte also die Kunstseide ihre Erzeugung mehr als verzehnfachen. Bei dem Kapitalmangel in Deutschland besteht für die Kunstseidenindustrie keine Möglichkeit, die Baumwollindustrie völlig aus dem Felde zu schlagen. Aber immerhin wollen die Duisbergs, Benraths, Froweins und Konsorten, vorläufig wenigstens, in ein Teilgebiet des Baumwollwarenmarktes eindringen.

Die Produktionssteigerung in dem geplanten Ausmaße bedeutet aber eine wesentliche Erweiterung der Produktionskapazität der bestehenden Kunstseidenfabriken und darüber hinaus die Notwendigkeit der Errichtung neuer Werke. Zur Verwirklichung dieser Pläne müßten Neuinvestitionen für viele Millionen Mark vorgenommen werden. Aber die Kunstseidenindustrie selbst will diese Millionen nicht zur Verfügung stellen. Die Großkonzerne wollen für ihre „nationale Tat zur Rettung der deutschen Wirtschaft“ die Millionen vom Reich gepumpt bekommen. Deshalb rennen auch die Glanzstoff- und I.G.-Farbendirektoren die Türen im Reichswirtschaftsministerium ein.

Es läßt sich vorläufig noch nicht überschauen, inwieweit es den Kunstseidekonzernen gelingen wird, ihre, für die Gesamtheit der deutschen Volkswirtschaft gefährlichen Pläne zu verwirklichen. Zunächst einmal muß die Feststellung gemacht werden, daß die Kunstseidenindustrie keineswegs ausschließlich auf inländischem Rohstoff aufgebaut ist. Mindestens 10 Prozent ihres Rohstoffbedarfs bezieht sie aus dem Auslande. Eine Steigerung des Kunstseidenverbrauchs würde also zwangsläufig eine entsprechende Belastung des deutschen Devisenbestandes der Reichsbank bedeuten.

Aber was viel wichtiger ist — die Pläne der Kunstseidekonzerne würden der übrigen deutschen Textilindustrie, insbesondere der Baumwollindustrie, einen derartigen Schlag versetzen, daß sie auf Jahre hinaus zur Verkümmern verdammt wäre.

Die Kunstseide würde die Baumwoll- und Wollindustrie auf dem Markt verdrängen, und die zahlreichen kleineren und mittleren Betriebe der Textilindustrie müßten dann ihre Tore schließen. Bei der starken Durchrationalisierung der Kunstseidenindustrie würde diese bei einer Erweiterung ihrer Produktion bei weitem nicht so viel Arbeiter einstellen können, wie Arbeitskräfte ihre Stelle verlieren. Und dazu soll der deutsche Steuerzahler, um des Profits der Kunstseidemagnaten willen, seine letzten Groschen hergeben!

Diese Pläne sind um so gefährlicher, als es sich hierbei um Fehlinvestitionen handelt. Denn, wenn in einigen Jahren der Hitlerspuk vorbei und Deutschland in die Weltwirtschaft

## Der Manganerzabschluß mit Sowjetrußland

Zwischen der Berliner sowjetrussischen Handelsvertretung einerseits und den Vereinigten Stahlwerken der Gute-Hoffnungshütte und der Friedrich Krupp AG. andererseits ist eine Vereinbarung auf eine Lieferung von 25 000 Tonnen von Manganerzen für das Jahr 1935 getroffen worden. Was bei diesem Abkommen auffällt, ist die verhältnismäßig geringe Menge von Manganerzen, die die Russen liefern werden. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres betrug die deutsche Einfuhr an Manganerzen rund 140 000 Tonnen, davon wurden allein aus Rußland 110 000 Tonnen eingeführt. Wie die gleichgeschaltete Presse berichtet, waren die Russen zu größeren Lieferungsverpflichtungen in Anbetracht ihrer starken Inlandsbeschäftigung nicht zu bewegen. In Wirklichkeit ist die Haltung der Russen auf politische Gründe zurückzuführen.

wieder eingereicht ist, dann wird der Bedarf nach der qualitativ besseren Baumwolle und Wolle so groß sein, daß die künstlich aufgeschlachte Kunstseidenproduktion wieder auf ihren normalen Stand zurückgeschraubt sein wird.

## Anno 17

In einem Aufruf an die Unternehmer und die Betriebsgefolgshaften unterstreicht die Industrie- und Handelskammer Gladbach-Rheydt-Neuß mit Nachdruck die Bedeutung des Kampfes gegen die Rohstoffvergeudung. Die Erfahrung lehrt nur zu deutlich, daß bei der Verarbeitung von ausländischen Rohstoffen noch manche Verlustquelle gestopft werden kann. Man solle bei der heutigen Zeit bei der Verarbeitung der Textilfasern die bestmögliche Schonung der Rohstoffe im Auge haben und lieber die Maschinen etwas langsamer laufen lassen, lieber etwas mehr Lohn bezahlen, aber jeden unnötigen Abfall vermeiden. Die frühere Rechnung, wonach es oft zweckmäßiger war, die Maschinen schneller anzutreiben, Arbeitslohn zu sparen und mit dem Rohstoff großzügig umzugehen, sei in unserm rohstoffarmen Land durchaus falsch.

„Ist es in der heutigen Zeit nötig“, so sagt die Kammer in ihrem Aufruf, „daß die Reiß-, Streck- und Spinnmaschinen, die Krempelsäge und Webstühle vielfach mit einer Geschwindigkeit laufen, die auf die Schonung des Rohstoffs keine Rücksicht nimmt, die Fasern vielfach zerreißen und die Abfallmengen erhöht? Sollte man nicht allgemein dazu übergehen, die Schmierung der Maschinen durch einen besonderen Mann vorzunehmen, der dafür verantwortlich ist, die Schmierlöcher offen hält und nicht unnötige Mengen Öl verschwendet? Viele derartige Fragen ließen sich aufwerfen und einer Lösung entgegenführen. Es kommt nur darauf an, sich zunächst einmal mit dem Gedanken des Einsparens ernst zu beschäftigen. Wer das tut, wird von selbst dazu kommen, sparsam mit den ihm anvertrauten Gütern umzugehen. Denn jeder wird dann vor Augen stehen, welchen großen Dienst er damit der deutschen Wirtschaft leisten kann.“

## Lebhafte Wirtschaft in Palästina

Das American Economic Committee hat eine Erhebung über industrielle Neugründungen in Palästina durchgeführt und festgestellt, daß in den ersten sieben Monaten des Jahres 1934 mindestens 115 Industriebetriebe in Palästina neu eröffnet wurden. Das Committee hatte nicht von sämtlichen Firmen die erbetenen Informationen erhalten, konnte aber immerhin eine Reihe wichtiger Daten sammeln, die für die lebhafteste Wirtschaftsentwicklung in Palästina charakteristisch sind. In 87 von den neuen Betrieben werden insgesamt 815 Personen beschäftigt, das investierte Kapital von 81 Betrieben beträgt 172 000 Pfund. Die neuen Firmen wurden vom American Economic Committee in folgende Gruppen eingeteilt: Metalle und Metallwaren: 17; Holzindustrie: 14; Nahrungs- und Genußmittel: 13; chemische Betriebe: 12; Druckereien, Papierwaren- und Büroartikel-Industrie: 9; Baumaterialherzeugung: 8; Glas-, Spiegel- und Keramikwerkstätten: 5; Kleiderindustrie, Textilwarenherzeugung, Lederfabriken und Gerbereien: je 4; Elektroartikel, Automobil-Industrie und Garagen, medizinische Artikel: je 3; Tapezierer-Werkstätten, Malerfirmen, Tabakerzeugung: je 2; ferner 8 verschiedene Betriebe. Knapp vor der Eröffnung stehen folgende 28 Industriebetriebe: 5 Metallwarenfabriken, 4 Lederfabriken und Gerbereien, je 3 chemische Nahrungsmittel- und Spinnerei- und Weberei-Betriebe, je 2 Glas- und Spiegelfabriken und keramische Fabriken, 1 Papierwaren- und Büroartikel-Fabrik und 5 verschiedene weitere Fabriken. Das American Economic Committee weist darauf hin, daß von dieser Aufstellung nicht sämtliche neuen Industriebetriebe erfaßt wurden; ihre Gesamtzahl ist größer als die angegebene. Auch wurden nur Fabrikbetriebe berücksichtigt, dagegen die kleinen Werkstätten außer acht gelassen.

## 50 000 Automobile der Moskauer Stalin-Werke

Am 6. September hat das 50 000ste Automobil das Fließband der Moskauer Automobilfabrik „Stalin“ (früher AMO.) verlassen. Die Fabrik, die ursprünglich zur Montage von Wagen aus importierten Bestandteilen errichtet war, hat im Laufe der letzten 4 Jahre eine völlige Umstellung erfahren und ist heute eine der bedeutendsten der Union, deren Lastwagen und Autobusse sich besonderer Beliebtheit erfreuen.

Manganerz ist bekanntlich ein wichtiger Rohstoff für die Rüstungsindustrie. Nachdem nun die Sowjetunion durch die Provokationen der Hitler-Regierung sich veranlaßt sah, der Rapallo-Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland ein Ende zu machen, besteht für sie kein Anlaß mehr, der deutschen Rüstungsindustrie Manganerz in größeren Mengen zu liefern. In sowjetrussischen Kreisen ist man der Ansicht, daß es nicht angängig sei, dem Hitler-Reich einen Rohstoff zu geben, der dann später einmal unter Umständen nach seiner Verarbeitung gegen die Sowjetunion angewandt wird. Um aber nicht vollends einen offenen Bruch herbeizuführen, hat sich die Sowjetregierung bereit erklärt, im nächsten Jahre eine Menge zu liefern, die ungefähr nur einem Sechstel ihrer letztjährigen Lieferung entspricht.

## Abschied in Prag

### Die Aufgabe der Philosophie der Gegenwart

Der letzte Tag des Prager Internationalen Philosophenkongresses vereinte am Vormittag noch einmal die größte Zahl der Teilnehmer in einer Plenarsitzung, in der — unter dem Vorsitz des Prager deutschen Professors Oskar Kraus — über die Aufgabe der Philosophie in der Gegenwart gesprochen wurde.

Als erster Redner dieser Sitzung war Benedetto Croce vorgesehen, der als die stärkste geistige Potenz des faschistischen Italien gilt, aber seit einiger Zeit bei Mussolini in Ungnade gefallen ist. Zum Bedauern der Zuhörer war Croce jedoch nicht erschienen — und die faschistische Exzellenz Orsetano konnte den Fehlenden mit der vagen Behauptung, daß die kritische Philosophie das konstruktive Denken hemme und zugunsten eines neuen Realismus überwunden werden müsse, nicht ersetzen. Stärkeren Eindruck machte die Rede des früheren Hallenser Philosophen Emil Utty (der jetzt der Prager deutschen Universität angehört) über die „Selbstverwirklichung der Philosophie“. Denn in dieser Rede wurde ein klares Bekenntnis abgelegt: ein Bekenntnis gegen die Verflachung der Philosophie, gegen den Formalismus, gegen die logische Auflockerung der Logik, aber auch gegen die Unterordnung der Philosophie unter die Mächte und Fragen des aktuellen Lebens. Utty erkennt der Philosophie — heute wie immer — nur diese eine Aufgabe zu: sich selbst zu verwirklichen in vorurteilslosem und verpflichtendem Erkennen. Die Philosophie könne ihre Erkenntnisse nicht durch Experimente beweisen — sie könne nichts anderes als sich in der Haltung der Philosophen bewähren, die nach ihrer Lehre leben müssen. Denn wie die Kunst sich im großen Künstler dokumentiere, so verkörpere sich die Philosophie in den großen Philosophengestalten aller Zeiten. Die Lehren der Philosophen mögen verschieden sein: gemeinsam aber müsse allen wahren Philosophen die Fernhaltung von Eitelkeit, Rechthaberei und Feigheit sein. Und Utty schloß mit der These, daß der Mut zur Vernunft die Voraussetzung aller Philosophie und in der Gegenwart ihre besondere Aufgabe sei.

Während Utty also die Mission der Philosophie darin sieht, daß sie im Philosophen ein Vorbild erkennender und überzeugungstreuer Menschlichkeit hervorbringt, fragten die Redner in der Debatte zumeist nach der Möglichkeit, von der Philosophie aus die Menschheit und damit das Zeitgeschehen direkt zu beeinflussen. Bemerkenswert war die Äußerung des greisen Leipziger Philosophen Hans Driesch, des bekanntesten Begründers der vitalistischen Naturauffassung. Offenbar unter dem Eindruck der deutschen Katastrophe meinte er, daß es nicht genüge, die Einsichten der Menschen zu beeinflussen; man müsse das Unbewußte in ihnen erfassen, wenn man auf sie wirken wolle — und er bezeichnete es als eine dringende Gegenwartsaufgabe der Philosophie, die Methode der suggestiven Beeinflussung zu studieren und anzuwenden.

Die Debatte zeigte im übrigen, daß es innerhalb der Philosophie sehr verschiedene Meinungen darüber gibt, was

Philosophie überhaupt sei, und daß in dieser Wissenschaft, die von manchen Philosophen als Wissenschaft nicht anerkannt wird und die ihre eigenen Voraussetzungen immer wieder in Frage stellt, heute weniger als je eine Summe der geltenden Erkenntnisse gezogen werden kann. Immerhin kann der Teilnehmer dieses Philosophenkongresses feststellen, daß sich das Festhalten an der kritischen Erkenntnis und an der Vernunft gegenüber den Ansprüchen religiöser und diktatorischer Dogmen behauptet hat.

Für den Sozialisten war es interessant zu bemerken, wie die Diskussion über die Krise der Demokratie sich zu einer Kritik des Liberalismus einerseits und der faschistischen Romantik andererseits zuspitzte. Für den Marxisten war es aufschlußreich, die modernen kritischen Argumente gegen den Materialismus und die strenge Naturgesetzmäßigkeit von den Vitalisten und den Logisten zu hören.

Für den Deutschen war es lehrreich, mitzuerleben, wie der Trupp der hitlerischen Philosophen nichts anderes als seine Gleichschaltung beweisen konnte und sich bald geschlagen aus allen Debatten zurückzog, während das große Erbe der deutschen Philosophie von Franzosen und Polen aufgenommen, von Auslandsdeutschen und Emigranten verteidigt und weiterentwickelt wurde. Für den Anhänger internationaler Zusammenarbeit schließlich war dieser internationale Kongreß, der trotz aller Gegensätze in der Atmosphäre sachlicher Auseinandersetzung verlief, in dem die Vertreter vieler Nationen die gemeinsamen Probleme der Menschheit diskutierten und in dem Deutsche, Franzosen, Polen und Tschechen sich auf den „regierenden Philosophen“ Masaryk beriefen, eine Genugtuung in einer Zeit, in der nationalsozialistischer Wahn die Welt in neues Verderben stürzen will.

### Hitlec plus Edgar Wallace

„Auf dem kürzlich abgehaltenen Anthropologenkongreß hat H. Poll-Berlin, wie die „Münchener Medizinische Wochenschau“ berichtet, den Nachweis geführt, daß man aus den Fingerabdrücken Schlüsse auf die Rassezugehörigkeit ziehen könne.“

Gewiß. Und aus dem Inhalt der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ Schlüsse auf den Geisteszustand im „dritten Reich“.

### Wichtig, zu wissen

Die „F. Z.“ meldet: „Der Obmann der Fachschaft deutscher Bracken, Dr. Lutz Heck, der Direktor des Berliner Zoologischen Gartens, macht darauf aufmerksam, daß die Hundemeute, die das „Deutsche Opernhaus“ bei seiner bevorstehenden „Tannhäuser“-Aufführung benötigte, von ihm gestellt werde und daß es sich um echte und einzig gute, in die Zeit passende Jagdhunde handle. Im Mittelalter hätten sie als die edelsten Hunde gegolten.“

## Die große Dämmerung

### Zwei Bücher aus dem Verlag Oprecht und Kelbing

Zu den bemerkenswertesten publizistischen Neuerscheinungen der letzten Monate gehört zweifellos das im Verlag Oprecht & Kelbing, Zürich, erschienene Buch von Heinrich Regius, „Dämmerung. Notizen in Deutschland“. Es sind zwanglos hingeworfene Gedanken des Verfassers aus den Jahren 1926 bis 1931, deren besonderer Reiz in ihrer Ungebundenheit und rücksichtslosen Schärfe liegt. Mit einer Hellsichtigkeit sondergleichen legt Regius die Triebkräfte und Wurzeln der nationalsozialistischen Konterrevolution bloß, deren Nahen schon in den vorhergehenden Jahren zu spüren war. In der Dämmerung dieser Jahre kristallisierten sich ihre Bestandteile heraus: die geschlossene Front des Monopolkapitalismus, die der Demokratie und dem Sozialismus den Kampf auf Leben und Tod ansagte; der nationalistische Furor, der alle Leidenschaften des Volkes aufpeitschte; der kleinbürgerliche Massenwahn, der auf der Suche nach einem „Retter“ sich gläubig an einen pathologischen Abenteurer hängte. Alles Bestandteile des Niederganges des Kapitalismus, der seine heiligsten Güter mit feineren Apparaten und furchtbarerem Gardes zu schützen sucht, als das Mittelalter es in Bezug auf seine Kirchenheiligen tat.

Die Konterrevolution hatte ihre wirtschaftlich-sozialen und ihre geistig-kulturellen Wurzeln. Der Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse hatte die Klassengegensätze ungeheuer verschärft, während die heraufziehende Wirtschaftskrise den Boden unterhöhlte, auf dem allein die Arbeiterschaft ihre bisherigen Errungenschaften festhalten und ihre Macht steigern konnte. Zu einer Zeit, wo sich viele noch von der Scheinkonjunktur der Jahre 1925 bis 1929 täuschen ließen, sieht Regius in der zunehmenden Differenzierung innerhalb des Proletariats die Wurzeln der Ohnmacht der deutschen Arbeiterbewegung. „Die regulären ordentlichen Arbeiter befinden sich im Gegensatz zu denen, die auch noch heute nichts zu verlieren haben als ihre Ketten. Zwischen den in Arbeit Stehenden und den nur ausnahmsweise oder vielmehr gar nicht Beschäftigten gibt es heute eine ähnliche Kluft wie früher zwischen der gesamten Arbeiterklasse und dem Lumpenproletariat. Heute ruht der eigentliche Druck des Elends immer eindringlicher auf einer sozialen Schicht, deren Mitglieder von der Gesellschaft zu völliger Hoffnungslosigkeit verdammt sind.“

Diese Differenzierung des Proletariats als Folge einer tiefgreifenden Strukturwandlung des deutschen Kapitalismus hat aber nicht allein zur politischen und wirtschaftlichen Schwächung des Proletariats, sondern auch zu seiner geistigen Degradierung geführt. Sie hat den Prozeß verstärkt, der zielbewußt vom Bürgertum gefördert wurde: den Prozeß der kulturellen Degradierung des Proletariats, dessen Auf-

gabe darin bestand, die unterdrückten und ausgebeuteten Massen an die Ideologie der herrschenden Massen zu fesseln. In demselben Maße, wie die wirtschaftliche und politische Stärke der Arbeiterbewegung zurückging und ihre Zersplitterung wuchs, erlahmte auch ihre geistige Widerstandskraft, schwand die Anziehungskraft ihrer sozialistischen Ideale, öffneten sich auch innerhalb der proletarischen Front breite Lücken, durch die der geistige Zersetzungsprozeß der nationalsozialistischen Konterrevolution in die Massen eindrang.

In welchen kulturellen Abgrund der Sieg dieser Konterrevolution geführt hat, zeigt die Schrift von C. Michaelis, H. Michaelis und W. O. Somin „Die braune Kultur“ (Europa-Verlag, Zürich) sowie das von den gleichen Verfassern herausgegebene Bilderbuch „Der braune Haß“ (Verlag Librairie Lipschütz, Paris), das die Ausführungen des ersten Buches wirkungsvoll ergänzt. Die „Braune Kultur“ ist im wesentlichen eine Dokumentensammlung, die das Wesen des nationalsozialistischen Regimes an Hand der amtlichen Dokumente, der Aussprüche der „Führer“, der Meldungen der nationalsozialistischen Tagespresse sowie der theoretischen Konstruktionen maßgebender Publizisten und Wissenschaftler zu schildern sucht. Alle Seiten des nationalsozialistischen Alltags werden geschildert: Erziehung, Justiz, Stellung zur Religion und Kirche, Stellung der Frau im neuen Staat, Rassenfrage, Judenfrage, Stel-Literatur, Presse usw. Es ist keine erfreuliche Lektüre zum Pazifismus und Sozialismus, Wissenschaft, Kunst, türe, die dem Leser hier geboten wird. Sie ist aber ungeheuer lehrreich, denn sie zeigt, mit welchen Mitteln der frühere Kulturstaat Deutschland in eine mittelalterliche Despotie verwandelt worden ist und ein Volk von 65 Millionen, das verheißungsvolle Ansätze einer modernen Demokratie geschaffen hatte, in eine Herde sklavischer Untertanen umgeformt werden soll. Besonders wirkungsvoll sind die Abschnitte, die der nationalsozialistischen Erziehung, der Militarisierung des gesamten Volkslebens und der kulturellen Beeinflussung des Volkes gewidmet sind.

Sie zeigen einerseits, in welchem Abgrund der geistigen Verblödung und Verdummung die nationalsozialistischen Führer im Bunde mit ihren käuflichen Trabanten aus dem Lager der „Intelligenz“ das Volk hineinsteuern, sie lassen aber andererseits auch erkennen, daß die mit allen Mitteln der Lüge und des Betruges betriebene geistig-seelische Beeinflussung des Volkes auf sehr schwachen Füßen steht und einer starken Gegenströmung, die aus den Schätzen der Menschheitskultur schöpft, nicht gewachsen ist.

## Amnestie

(Legende aus dem Dschungel)

Im brütenden Urwald der gelbe Schakal  
Ward Herrscher, nachdem er die Würde sich stahl  
Und seine Gegner erwürgte.  
Und da er gesättigt die Wut und den Haß,  
Erließ er einen Gnadenerlaß,  
Für den er sich völlig verbürgte.

Darin ward gesagt: ER hat verzieht  
All denen, die IHM Hilfe geliebt  
Und seine Feinde zerrissen.  
So laß er Geier, Hyäne und Hai  
— Obwohl sie die Beute nie teilten — jetzt frei.  
Sie würden wohl künftighin wissen...

Und weiter ward kundig: Wer einst IHN bekämpft,  
Doch nun — als Gefangener — die Stimme gedämpft  
Und IHM folge im Guten und Bösen;  
Wer also, ohne Reu und Qual,  
Nun würgt und morde, wie ER, der Schakal,  
Dem möge die Fessel man lösen.

Seitdem ruht der Löwe, verdauend, beim Lamm,  
Der Hahn beut dem Habicht mit Lächeln den Kamm  
Und läßt sich in Frieden verespisen.  
So hört man im Urwald, der brodeln und qualmt  
— Derweil man in Freundschaft die Knochen zermalmt —  
Das „Goldene Zeitalter“ preisen.

Karl Schmog

## Der neue Nennschatz

### Rickmer Rickmers erneuert ihn

Im neuesten Heft der in Gotha erscheinenden bekannten geographischen Zeitschrift „Petermanns Mitteilungen“ veröffentlicht an leitender Stelle Dr. Rickmer Rickmers (München) eine Abhandlung über die Verdeutschung erdkundlicher Ausdrücke. Unter anderem macht er folgende Vorschläge:

statt:	soll es heißen:
Absorption	die Schlucke
alpin	alpisch
Antarktis	Südeisland
asiatisch	asisch
babylonisch	bablisch
Expedition	Kundfahrt
Geologie	Flözkunde
Hanseate	Hanse
Insulaner	Inseler
Konglomerat	Nagelflub
Mineral	Schürfling
Oase	Grünfleck
polar	polisch
Sierra	Säge
venezianisch	venedisch
vulkanisch	feuerbergisch

Bei den Dolomiten, die nach dem Mineral Dolomit heißen, welches selbst nach dem französischen Naturforscher Dolomieu seinen Namen hat, scheint ihm ein Verdeutschungsvorschlag wenig Aussicht zu haben und er beschränkt sich daher auf die Frage: „warum nicht deutsch etwa Zackenland oder Dolomen?“ In seinem Kampf gegen die Fremdwörter in der erdkundlichen Terminologie verwendet übrigens Dr. Rickmer Rickmers auch für „Terminologie“ selbst ein deutsches Ersatzwort: „Nennschatz“. Hoffentlich bleibt ihm für eine weitere Schlucke von Fremdwörtern nicht die Spucke weg!

Das sagt die Basler „National-Zeitung“ dazu.

## Allgemein deutlich

### Gerhart Hauptmann über Mahler

Bekanntlich ist die Aufführung von Werken Gustav Mahlers, des großen deutschen Musikers jüdischer Abstammung, im „dritten Reich“ verboten. Wir haben dies nicht einmal zu bedauern, denn die herrlichen Klänge etwa des „Lieds von der Erde“ sollen in den Sälen der Barbaren nicht ertönen.

Aber es ist interessant zu erfahren, was einer der braunen Kulturhüuptlinge über Gustav Mahler denkt: Gerhart Hauptmann, offizieller Vertreter der gleichgeschalteten „Dichtkunst“, schreibt in dem Buch „Gustav Mahler, Ein Bild seiner Persönlichkeit in Widmungen“, R. Piper & Co., München 1910:

„Das Genie Gustav Mahlers ist repräsentativ im Sinne der großen Traditionen deutscher Musik. Gegner, die seinen Sinfonien fernstehen, werden mir doch wohl beistimmen, wenn sie der schöpferischen Kraft gedenken, die Mahler auch dort auszeichnet, wo er die große Musik der Vergangenheit zur Gegenwart macht. Er hat die Dämonie und die Feuermoral deutscher Meister, den einzigen Adel, der seinen wahrhaft göttlichen Ursprung noch zu bezeugen vermag. Es tut wohl, zu sehen, wie der Wert dieses seltenen Mannes mehr und mehr allgemein deutlich wird.“

Gerhart Hauptmann.“

Es tut wohl, zu sehen, wie „allgemein deutlich“ Gerhart Hauptmann seinen Abstieg in die Barbarei vorgenommen hat. Wir wissen dann wenigstens, woran wir uns zu halten haben, wenn einmal...

## Ein Literaturinstitut der Sowjetunion

Im vergangenen Jahre wurde die Errichtung eines „Gorki“-Literaturinstitutes in Moskau beschlossen, dessen Aufgabe die Organisierung der literarischen und folkloristischen Forschung und die Heranbildung von Literaturwissenschaftlern sein soll. Für das Institut wird in Moskau ein großes Schulgebäude errichtet werden, in dem auch die Bibliothek von einer Million Bänden untergebracht werden soll. Als Leiter für dieses Institut ist der frühere Sowjetbotschafter in Rom Leo Kameneff ernannt worden.

## Meine Gefangenschaft Von Joseph Caillaux

In den vorangegangenen Kapiteln setzte sich Joseph Caillaux mit seinen Gegnern in den Kriegsjahren auseinander. Immer wieder war Caillaux bemüht, Friedensmöglichkeiten zu erspähen, aber seine Gegenspieler traten ihm in den Weg, vor allem Clemenceau. Man schrieb das Jahr 1917.

### Die Mahnung des Gewissens

Aber war denn Blut nicht zur Genüge geflossen, und konnte die Phase der Zerstörung, in die wir im Jahre 1914 eingetreten waren, nicht 1917 zum Abschluß gelangen? Muß die Menschheit sich in endlosen Abschlachten erschöpfen, bevor die vernunftgemäßen Lösungen, die schließlich doch zur Geltung gelangen werden, erreicht werden können, konnte man sich nicht die neue Periode von Wirren, von Gleichgewichtsstörungen, Verwüstungen und Massenmord sparen, die im Jahre 1917 begonnen hat und über die ganze Welt sich auszudehnen droht, und deren Ende niemand absehen kann? Bleibt denn nichts übrig als die Annahme, daß der Mensch in seiner Geistesart so beschaffen ist, daß selbst heute noch nichts Großes anders sich begründen kann, als in einem Ozean von Blut? Wären im Jahre 1917 die Völker um Rat gefragt worden, hätten sie ihre Stimme vernehmlich machen können, so hätten sie diesem Verzweiflungswort eine Absage erteilt; sie hätten den Anstieg der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Demokratie erzwungen. Aber man hüte sich das zu tun. In allen Ländern, ganz besonders in Frankreich, war es den Chauvinisten, diesen „Führern der Massen in Trauermarsch“, gelungen, mit ihren Weisungen auf die Staatsgewalt einen Druck auszuüben. Einen Augenblick irre gemacht durch den Ausbruch der russischen Revolution, rafften sie sich schnell wieder zusammen. Um die Staatsreligion des Patriotismus aufrechtzuerhalten, die sie sich zurecht gemacht hatten, nahmen sie ihre Zuflucht zu

dem üblichen Verfahren der Gegenrevolutionäre. „Republikaner, entsinnt euch dessen“, hat Jaurès einmal gesagt. „daß in unserem Lande stets zwei unteilbare Kräfte am Werke gewesen sind, zwei Synonyme: Gegenrevolution und Verleumdung.“ Durch Verleumdung und Ausbreitung ausgestreuter Skandale erreichen sie das Ziel, die große gehobene Ideenstörung abzulenken, die bereits um sich griff, brachten sie das Komplott zur Auswirkung, das unter der Aegide des englischen Imperialismus, des zeitweiligen Hauptnutznießers, sich gebildet hatte, brachten sie die Diktatur Clemenceaus auf die Beine und schufen sie die Regierung der Rechten; unter dem erzwungenen Stillschweigen der Demokraten bereiteten sie den Verträgen das Bett, von denen man hat sagen dürfen, daß sie die Welt dem geringsten und beschränktesten Geschäftlerturn auslieferten, daß sie der Monarchie in Europa ihren Sitz bereiteten, daß sie neue Kriege und revolutionäre Verkrampfungen nahezu unvermeidlich machten; von denen man auf jeden Fall und von jedem Standpunkt aus zu sagen berechtigt ist, daß sie Frankreich nicht gegeben haben, was es mit vollem Recht von ihnen erwarten durfte.

Die verwegene Minderheit, deren Machenschaften wir in einigen Fällen gezeigt haben, hatte die Wege bereitet. Sie nahm den Kampf auf mit Unterstützung aller Reaktionen, und hinter sich her schleppte sie die Masse der Schwäger, die müßige leichtgläubige Hammelherde.

## Caillaux steht vor den Richtern

Die Untersuchung vor dem Staatsgericht — Die Vorkriegszeit — Die argentinischen Affären — Die Schweizer Affären — Die Geheimakten

Am 13. Oktober 1918 kommt das Dekret heraus, das mich wegen Komplotts gegen die Sicherheit des Staates nach außen vor das Staatsgericht überführt. Genau vor neun Monaten war ich verhaftet worden. Vor nahezu zehn Monaten hatte der Hauptmann Bouchardon mit seiner Untersuchung begonnen, die zu nicht weniger als 52 Verhören Anlaß gegeben. Seit Ende Juli war ich allerdings nicht mehr im Justizpalast gewesen. Der Untersuchungsbeamte hatte, da er den Bankrott der großen Idee des Herrn Mornet, das Scheitern der „Amalgamierung“ mit Leuten wie Bolo, Duval usw. mit hatte ansehen müssen, an die Affäre Lipscher sich zu heften gesucht. Letzter Versuch, eine kriegsgerichtliche Klage zu rechtfertigen, er scheitert mit dem Tage, an dem man mir Mitteilung machen muß von den aufgefangenen Briefen, an dem Herr Bouchardon sich gezwungen sieht, zuzugeben, daß — mit seinen eigenen Worten gesprochen — „Lipscher seine Pläne hat scheitern sehen“. (Verhör vom 30. Juli 1918.)

Damit tritt Stille ein. Ich soll den Referenten beim dritten Kriegsgerichtshof nicht wiedersehen.

Zehn Wochen sollen immerhin noch verfließen zwischen dem 30. Juli und dem 13. Oktober. Zweifellos waren sie belastet mit zauderndem Uebelgeruch der Regierung. Sollte man bis ans Ende gehen im Verbrechen? Sollte man mich vors Kriegsgericht stellen? Oder sollte man, im Gegenteil, Gerechtigkeit walten lassen? Man wagte es nicht, einen halbwürdigen Frevel auf sich zu nehmen. Ebenso wenig wagte man, hatte man den Willen, der Gerechtigkeit — der wahren — ihren Lauf zu lassen. Man entschloß sich zum politischen Prozeß.

Während die Wandelgänge des Palais, die ministeriellen Arbeitsräume erfüllt waren von jenen Ungewißheiten, deren Schwankungen, deren Hin und Her man eines Tages erkennen wird, wenn gewisse Aktenfächer sich öffnen werden, währenddessen stand ich grausame Leiden aus in dem Gefängnis, in dem ich eingemauert war inmitten der gewöhnlichen Häftlinge. Das Fieber der Schlacht hatte mich aufrecht erhalten, während ich noch mit Herrn Bouchardon stritt. Es war gefallen, seitdem ich nicht mehr zum Justizpalast gerufen wurde. Der Rückschlag war eingetreten. Eine Art Verfall der Nervenkräfte warf mich nieder, während mein Gesundheitszustand von Tag zu Tag sich verschlechterte. Kaum schlief ich, ich fiel bisweilen in Ohnmacht, ich fühlte, daß mein Wille den Körper nicht mehr meisterte. Ende August fand eine ärztliche Untersuchung statt. Man mußte feststellen, daß die Spannung meiner Arterien höchst beunruhigend war, daß ich Luft haben mußte. Spaziergänge, eine elektrische Behandlung mit hoher Stromziffer. Einen Augenblick hegte ich die Hoffnung, man würde mir erlauben, von Zeit zu Zeit der Stidkluft der Santé zu entweichen, ein wenig Luft schnappen zu gehen zwischen zwei Wärtern, man würde mir zum mindesten gestatten, einmal täglich im Val-de-Grace die Pflege zu empfangen, die mein Zustand erheichte. Es würde sich nur um einen kurzen Spaziergang gehandelt haben, um einen einstündigen Gang zu einem Krankenhaus. Doch wie kurz, wie umhüllt dies alles auch hätte sein mögen, dies Kommen und Gehen hätte mich doch aus dem Gefängnis der Seelenqual herausgeführt und meine Nerven entspannt. Ablehnung! Meiner Zelle gegenüber, in der Abteilung für strengste Ueberwachung, stellt man die elektrischen Apparate auf, die es ermöglichen sollen, mich nach der Methode von Arsonval zu behandeln. Keinerlei Ausgang. — Ich habe schlimme Zähne. Es gibt kein zahnärztliches Atelier in der Santé. Ich bitte, mich zu einem beliebigen Zahnarzt führen zu lassen. Man kann die Wohnung, wenn man will auch die Straße, durch ein Regiment von Kriminalbeamten bewachen lassen. Ablehnung! — „Helfen Sie sich, wie Sie können!“ Die einzige Milderung wird mir zugestanden: man erlaubt mir spazieren zu gehen in dem sogenannten Garten für die Politischen. In einem Winkel des Gefängnisses, zwischen unermeßlichen Mauern, liegt ein Garten von fünf bis zehn Meter in der Breite, von vierzig

Meter in der Länge, in der einige Bäume frösteln und zwischen asphaltierten Wegen Gerippe von Büschen ihr Leben fristen. Auf dieser engen Erdfäche, die zwischen Gemäuer gezwängt ist und recht eigentlich einen Schacht darstellt, den das Wachpersonal den „Bärenzwinger“ getauft hat, darf ich im September mich täglich einige Stunden lang hinschleppen. Nur ein Vorzug: ich habe keinen Wärter mir zur Seite und kann auf eine Bank sinken, lange Augenblicke hindurch sitzen bleiben, den Kopf in die Hände vergraben, ohne die Qual einer Ueberwachung zu erdulden, die über meine geringsten Gebärden sich beugt. Indessen vergeht die Zeit. Trotz der Behandlung nach Arsonval läßt die Spannung meiner Arterien nicht nach, verbessert sich mein Gesundheitszustand kaum merklich.

„Ich will durchhalten!“

Das Dekret, das mich vor das Staatsgericht überführt, bringt mir die Aufrechterhaltung, deren ich bedarf. Eine neue Schlacht am Horizont. Ich soll einer zweiten Untersuchung unterzogen werden. Ich will unbedingt den Nacken steif halten. Ich muß triumphieren. Mein Wille steift sich. Er wird meinen Körper beherrschen. Ich will durchhalten. Ich weerdurchhalten.

Und dann: man kann mir jetzt nicht mehr die Behandlungsform für die politischen Gefangenen verweigern, da ich doch vor eine politische Gerichtsbarkeit berufen werden soll. Indessen, der Geist der Verfolgung, der meine Gegner besetzt, ist so stark, daß man es ablehnt, mir alles zu gewähren, worauf ich ein Anrecht habe. Die politischen Häftlinge sind den Vorschriften nach berechtigt, den Besuch von Familienmitgliedern in ihrer Zelle und den von Freunden nach einer Liste, die sie einreichen, im Sprechraum zu bestimmten Stunden, ledig aller Ueberwachung, zu empfangen. Es ist ihnen gleichfalls gestattet, sich zusammenzufinden und nach Wunsch miteinander zu sprechen. Mir wird der Verkehr mit den anderen politischen Gefangenen untersagt. Nur meiner Frau wird der Besuch in meiner Zelle gestattet. Nach und nach, tropfenweise nur gestattet man dann einigen von meinen Freunden die Möglichkeit zu, sich mit mir zu treffen, auch ohne das häßliche Dabeisein eines Wärters. Auch diese Erlaubnis entzieht man ihnen dann noch von Zeit zu Zeit, ohne irgendeinen Grund, nach willkürlichem Belieben. Trotz diesen kleinlichen Kniffen — sie erniedrigen ihre Urheber — verschafft mir meine Ueberführung in die politische Abteilung, der man sich nicht widersetzen kann, eine gewisse Erleichterung. Endlich habe ich nicht mehr die Qual des ständig geöffneten Schalterfensters zu erdulden. Endlich kann ich im Dunkeln schlafen. Endlich bin ich von den Mördern fort, von den zum Tode Verurteilten. Endlich höre ich nicht mehr das Geheul der armen Teufel, die man in die „Kabuffs“ gesperrt hat.

Und ein Arbeitslieber ergreift mich. Das Requisitorium zur Prozeßeinleitung, das der Herr Generalprokurator Lescouvé am 27. Oktober 1918 vor dem Staatsgericht verliest, zeigt die Wege, welche die neue Untersuchung einschlägt. Ich nehme wahr, daß meine ganze Vorkriegspolitik, die ganze Agadir-Affäre heraufbeschworen werden soll. Ein Freundenschaer! Ich werde Gelegenheit haben, das Werk darzulegen, auf das ich stolz bin. Ich stelle mir vor, daß ich zu einem Politiker sprechen soll, der mir lauschen wird; stelle mir vor, daß er die Schwierigkeiten des öffentlichen Lebens einzuschätzen vermag, daß er Verständnis haben wird für die Gefährlichkeit der Fallen, die den in diesem Leben Verflochtenen gestellt werden, und der Hinterlist, mit der man ihnen Absichten unterschiebt, die sie niemals gehabt haben, und der Geschicklichkeit, mit der man ihre Worte, ihre Haltung, ihre Taten entstellt. Und so sammle ich denn Dokumente, studiere ich die Akten, die so meine Rechtsanwält, Maître Montet, mir bringt, der Nachfolger meines herzlichen Pascal Ceccaldi, den die Grippe in ein paar Tagen der Liebe seiner Familie und seiner Freunde entriß.

Zur Verteidigung gerüstet

Indessen, es vergehen Monate, ehe ich meine Verteidigung aufrollen kann. Herr Ferrès, der zum Präsidenten des Unter-

suchungskommission am Staatsgericht ernannt worden ist infolge der Demission des Herrn Monis, meines Kollegen aus dem Kabinett Waldeck-Rousseau, meines Ministerpräsidenten vom Jahre 1911, studiert die umfangreichen Akten durch, die Herr Bouchardon ihm übergeben, und macht sich an eine ganz neue Untersuchung heran. Die Aktenstücke, die mir mit Ablauf der Forschung nach und nach durch meine Rechtsanwält übermitteln werden, da das Gesetz von 1897 über das Untersuchungsverfahren mit Rede und Gegende nun endlich zur Anwendung gelangen muß, ermöglichen es mir, die Richtung seiner Arbeit zu verfolgen. Der Mann, der im Augenblick mit der Amtstätigkeit eines Untersuchungsrichters betraut ist, befließt sich, zu beweisen, daß ich vor dem Kriege im Verlauf der Ereignisse von Agadir wie auch in ihrer Folge eine persönliche Politik der Annäherung an Deutschland verfolgt habe. Ich fühle schon heraus, daß er mir aus den besten Gründen heraus — weil er nämlich nicht anders kann — zugestehen wird, daß ich in Friedenszeiten das Recht hatte zu dem Bestreben, einer Politik, wie ich sie gerade als den Interessen meines Landes entsprechend erachten mochte, den Triumph zu sichern. Aber ich merke auch, daß er unbedingt willens sein wird, aus meinen vorgebildeten Vorkriegsplänen Argumente zu ziehen, daß er behaupten wird, ich habe nach Ausbruch des Konfliktes bei der Politik verharret, die mir zugeschrieben wird, ich habe, um sie ins Werk zu setzen, mich mit deutschen Agenten verabredet, ich habe mich um Unterstützung bemüht in einem gewissen verbündeten Lande. Und ich sehe, wie er sich anstrengt, die Untersuchung des Hauptmanns Bouchardon neu aufzurollen; ich sehe, wie er sich nicht allein mit der italienischen, sondern auch mit der argentinischen Affäre abrackert, ja, sogar mit der grotesken Affäre Lipscher — durch Anwendung merkwürdiger Praktiken, wie der Referat beim dritten Kriegsgericht sie verschmählt hat. Und die Illusion, in die ich mich für einen Augenblick eingewiegt hatte, schwindet hin. Die Worte, die Herr Clemenceau am 16. Dezember vor dem Eiferausbruch sprach, der beauftragt war mit der Prüfung des Antrages auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität, die mich deckte — diese Worte kommen mir in den Sinn. „Ich gestehe“, sagte er, „daß ich, falls ich vor einer Anklage stehen sollte, wie man mir zu fürchten gab, das Staatsgericht mir sicher nicht wählen würde.“ Vor Jahren hatte er geäußert: „In der Politik gibt es keine Gerechtigkeit.“ Ich beginne zu fürchten, daß er recht hat. Ich habe es immerhin eilig, mich zu überzeugen. Aber immer noch nichts. Man beruft mich nicht zum Luxembourg.

### Die Verhandlung beginnt

Schließlich, nach einer Wartezeit von vier Monaten, beginnt die Verhandlung. Ich stehe Herrn Pérès gegenüber, von dem ich weiß, daß er als Advokat in Toulouse einige Jahre lang im Abgeordnetenhaus gesessen hat, ohne dort auch nur im geringsten Figur zu machen, von dem ich weiß, daß er in den Senat gekommen ist auf den Schultern der Koalition aus den Rechtsparteien und den gemäßigten Republikanern, von dem ich schließlich auch weiß, welche Rolle er im Malyprozess gespielt hat. Ein Gegner! Was für ein Gegner? Es ist mir nicht möglich, mich seiner Züge zu entsinnen. Wenn ich tief in meiner Zelle meine Erinnerungen sammle, dann kann ich mir nicht die Physiognomie dieses Mannes vors Auge rufen, den ich doch in den Wandelgängen des Palais Bourbon gestreift habe, mit dem ich ohne Frage habe sprechen müssen. Ich glaube ihn nicht zu kennen. Ich täusche mich. Ich stehe nicht an, es festzustellen.

Ich kenne aus der Geschichte jenen Laffemas, der beauftragt war mit einer Untersuchung über einen jungen Gesandten und ihm in strengem Ton eine Schwäche aus seinem Privatleben vorwarf, während er selbst sich in Schändlichkeiten wälzte und als verheirateter Mann von über sechzig Jahren bei einem Ehepaar herumbuhlte und den gefälligen Gatten auf Posten in der Verwaltung emporhob. Ich kenne den Präsidenten Harlay, der, um Ludwig XIV. zu Gefallen zu sein, einem von den obskuren Drahtziehern der Fronde den Kopf abschneiden ließ, jahrelang nach dem Erlöschen des Aufstandes und trotz der allgemeinen Amnestie, welche alle, die daran teilgenommen, schützte. Harlay durfte zum Lohn sich das ihm anvertraute Vermögen eines seiner Freunde aneignen, der nach der Widerrufung des Ediktes von Nantes Hugonotte geblieben war. Ich kenne den Präsidenten de Mesmes, der unter der Regentschaft die Staatsgesetze durchbrach und seine Amtspflichten verletzte, um dem Duc du Maine zu Diensten zu sein, der ihm das Amt des Siegelbewahrsers von Frankreich versprochen hatte. Ich kenne die Leute, die man unter der Herrschaft des Konvents „die Sumpfskröten“ nannte, die Leute, welche heute Vergniaud und die Girondisten, morgen Danton und seine Freunde unter die Guillotine lieferten, die Leute, deren knechtischer, neidischer Geist sich leicht dazu bequemte, Staatsmänner verschwinden zu lassen, die Leute, die erst in Bewegung gerieten, als sie, da die wirklichen Köpfe hinweggemäht waren, fürchten mußten, daß nun der Durchschnitt an die Reihe komme, die Leute, die angesichts dieses Verfalltages den Schrei „außerhalb des Gesetzes“ den Männern ins Gesicht schleuderten, denen sie noch am Tage vorher Beifall gezollt hatten, einem Robespierre und einem Saint-Just, die in ihrer Art auch groß waren und an denen die „Sumpfskröten“ das Kaliber noch mehr haften als die Lehre. Ich kenne die Leute, die der Herzog Victor de Broglie in der Pairskammer mit den Ellenbogen traktierte, von denen er sagte, sie hätten der Revolution, dem Kaisertum, der legitimen Monarchie gedient, hätten gleicherweise an alle Türen geklopft, vor allen Türen gebettelt, und seien so „die Politiker mit gebrochenem Rückgrat“. Und ich kenne Herrn Pérès.

Bis zu 1911 zurück

Wir beginnen mit der Prüfung der Ereignisse von 1911. Fünf lange Sitzungen hindurch — sie ziehen sich hin durch die Monate Februar und März 1919 — bemühe ich mich, dem Präsidenten der Untersuchungskommission am Gerichtshof begreiflich zu machen, wie gefahrenschwanger die Lage Frankreichs zu jener Zeit war.

(Fortsetzung folgt.)



eine bessere Zukunft, die anderen stellen sich hinter ihn, weil sie nach ihm nur das bolschewistische Chaos sehen. Die einen glauben, daß er schließlich doch keine zweifelhaften Freunde in der Wirtschaft und der Wehrmacht unterkriegen wird, die anderen verlassen sich darauf, daß es gerade umgekehrt kommen wird. — Diese innere Gegenüberstellung der Hitler-Mehrheit festzustellen, wichtiger als eine Spekulation über die Zahl derjenigen, die sich aus freiem Entschluß für Hitler entschieden haben.

## Fortschritt

Nach dem 12. November 1933 waren viele Gegner des Regimes niedergedrückt. Auch wenn sie vorher mit einer fast 100prozentigen Mehrheit für Hitler gerechnet hatten, wirkte die Beharrlichkeit dieser Erwartung noch sehr entmutigend. Bei der Abstimmung vom 19. August hat sich eine andere Tendenz bemerkbar gemacht. Manche Gegner des Regimes sagten: Es ist ganz gleichgültig, wie die Abstimmung ausfällt und Hitler mag ruhig im unklaren sein über die tatsächlichen Kräfte der Abwehrfront. Oder nach der Abstimmung: Auch wenn Hitler 100 Prozent bekommen hätte, hätten sich die

Sozialisten dadurch nicht mehr beeinflussen lassen. Das Wahlergebnis steht ja doch von Anfang an fest.

Wenn wir den Fortschritt feststellen, den diese Haltung zum 19. August verleiht mit der Depressionen nach dem 12. November darstellt, so dürfen wir uns nicht überleben: ohne Zweifel ist die wahre Volksstimmung ganz anders als das Wahlergebnis, aber daß es gelungen ist, so weit verbreitete Mißstimmung gegen das Regime durch Terror und Betrug in eine allgemeine Treuefundegebung für das Regime umzuwandeln, gibt doch zu bedenken. Solange sich die Massen diesem Terror beugen, solange wird er angewandt werden. Solange es möglich ist, in dieser Weise eine Wahl zu „machen“, solange wird man wählen lassen. Deshalb sind solche Wahlen auch für die Gegner des Regimes nicht ganz unwichtige Gradmesser: nicht weil sie einen zuverlässigen Ausdruck der Volksstimmung darstellen, sondern gerade, weil es möglich ist, diese Volksstimmung in das Gegenteil umzuwandeln. Aber Mißstimmung und Ablehnung, durch diese künstlichen Dämme nur zurückgehalten, werden in ihrem Anwachsen dadurch nicht aufgehalten, sondern in ihrer gesammelten Wucht nur noch verhärtet. Und eines Tages werden die Dämme brechen.

dazu geführt, daß die Mehrheit der Völkerverbandsmitglieder sich an die Sowjetunion mit dem Vorschlag gewandt habe, dem Völkerverband beizutreten. Die kapitalistische Welt sei heute in zwei Gruppen geteilt, nämlich in die Mächte, die in der augenblicklich gegebenen geschichtlichen Epoche (1) einen Krieg nicht antreiben, weil ein Krieg sie mit dem Verlust ihrer Eroberungen bedrohen würde, sowie auf der anderen Seite die Mächte, die — mit der heutigen Lage unzufrieden — bereit seien, zu dem abenteuerlichen Versuch im Kriege einen Ausweg zu suchen.

Zwei Großmächte, nämlich Deutschland und Japan, hätten den Völkerverband verlassen, um sich den Verpflichtungen aus den Völkerverbandsstatuten zu entziehen? (1).

Die Sowjetunion kenne alle Mängel des Völkerverbands, in denen sich der „soziale Charakter der in ihm vertretenen Regierungen widerspiegeln“. Sie wisse, daß der Völkerverband in der Vergangenheit nicht in der Lage war, irgendwelche ernste Maßnahmen für den Schutz des Friedenswerkes zu unternehmen. Gleichzeitig sehe sie jedoch, daß ein Teil der dem Völkerverband angehörenden Staaten das Friedenswerk verteidigen wolle. Deshalb habe sie es als Pflicht betrachtet, der Einladung dieser Mächte entgegenzukommen. Trotzdem verfolge die Sowjetregierung nicht, daß für eine Reihe von Mitgliedsstaaten, ohne erst von denen zu sprechen, die ihn verlassen hätten, die Feindschaft gegenüber dem Lande des Sozialismus sich stärker erweisen könne als die Furcht vor dem Kriege. Deswegen dürfe die öffentliche Meinung der Sowjetunion, indem sie die Bereitschaft der Sowjetregierung, dem Völkerverbande beizutreten, voll und ganz begrüße, doch keinen Augenblick vergessen, daß das Friedenswerk vor allem von zwei Faktoren abhängt, nämlich vom Willen zum Frieden bei den Volksmassen aller Länder und von der Stärke der Sowjetunion. Je härter die Sowjetunion sein werde, je seichter die rote Armee sei, die an den Grenzen die Macht für Rußlands Unabhängigkeit darstelle, desto mehr mühten die Abenteuerer des Imperialismus fürchten, eine aggressive Politik zu führen, die nur mit ihrer völligen Zerschmetterung enden könne.

# Rußlands große Mehrheit in Genf

## Lebhafte Debatte der Außenminister

## Die sowjetrussische „Iswestia“, das amtliche Moskauer Blatt, gibt eine längere Begründung

Im Völkerverband wurde am Montag über die Entschliebung, die die Aufnahme Sowjetrußlands in den Völkerverband empfiehlt, abgestimmt. Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: 38 Stimmen für die Aufnahme, 3 dagegen, 7 Stimmenthaltungen. Dagegen stimmten Portugal, Holland und die Schweiz; der Stimme haben sich enthalten: Belgien, Luxemburg, Argentinien, Venezuela, Paraguay, Nicaragua und Kuba.

Am Mittwoch wird die Vollversammlung des Völkerverbands dann die endgültige Aufnahme Rußlands beschließen und ihm einen händigen Ratssitz zuerkennen. Drei Staaten waren bei der Abstimmung abwesend.

## Die letzten Debatten

Als erster Redner sprach der portugiesische Außenminister Da Mata.

Er beendete mit deutlichen, aber vorsichtigen Worten die ablehnende Haltung seines Landes. Da Mata erklärte, daß der Eintritt Sowjetrußlands im Gegensatz zur Idee des Völkerverbands stehen würde. Er sei überzeugt, daß die Sowjetunion nach ihrem Eintritt keine Propaganda noch wirksamer ausüben könne, deren Zweck es sei, die Grundlagen der Staaten zu zerstören. Da Mata wies ferner darauf hin, daß die Sowjetunion von einer Reihe von Staaten heute noch nicht anerkannt worden sei.

Nach stärkerer Beachtung als die Erklärung des portugiesischen Delegierten fand die anschließende große Rede des schweizerischen ersten Delegierten, Bundesrat

## Motta.

Die Schweiz, führte Motta aus, sei in einer besonderen Lage. Sie habe den Eintritt in den Völkerverband erst nach einer hart umkämpften Volksbefragung vollzogen. Die Gründer des Völkerverbands hätten der Schweiz dann das Vertrauen besagt, indem sie Genf zum Sitz des Völkerverbands bestimmten. Die Schweiz sei stets eine grundsätzliche Anhängerin der Universalität des Völkerverbands gewesen. Schon im Jahre 1914 habe er persönlich dem Wunsch Ausdruck verliehen, daß Rußland einmal mit dem Völkerverband zusammenarbeiten werde. Die Schweiz habe bei aller Freundschaft zum russischen Volk aber niemals das gegenwärtige Regime anerkannt wollen. Auf Grund dieser Ablehnung würde sich die Schweiz auch jetzt gegen die Aufnahme Rußlands in den Völkerverband wenden.

Die weiteren Ausführungen Mottas beschäftigten sich mit den sattem bekannten Vorwürfen gegen Rußland, die von fast allen anderen Staaten darin als gegenstandslos hinstellt wurden, daß sie mit verschwindenden Ausnahmen sich für die Aufnahme Rußlands ausgesprochen haben.

Nach dem Bundespräsident Motta begründeten der belgische Ministerpräsident Jaspar, der holländische Außenminister de Graaf, der argentinische Botschafter Cantilo ihre Bedenken und Einwände gegen die Aufnahme Sowjetrußlands.

Danach trat der französische Außenminister

## Barthou

das Wort, um in gründlichen Ausführungen die insbesondere von der Schweiz vorgebrachten Argumente zu widerlegen und alle Gründe sprechen zu lassen, die ablehnerisch die Aufnahme Rußlands in den Völkerverband verlangen. Die Aufnahme der Sowjetunion liege im Interesse Europas, des Völkerverbands und des Friedens. England, Frankreich und Italien hätten zusammen mit Polen die Verantwortung für die Aufnahme Rußlands auf sich genommen.

Nach Barthou sprach der englische Vertreter

## Eden.

Er brachte die Zustimmung seiner Regierung zur Aufnahme Sowjetrußlands in den Völkerverband zum Ausdruck. England habe immer die Universalität des Völkerverbands verlangt und sei daher auch jetzt der Meinung, daß ein so großes Land wie Rußland mit einer so zahlreichen Bevölkerung nicht außerhalb des Völkerverbands bleiben könne.

## Aloisi

begründete Italiens Stellung für den Eintritt Sowjetrußlands. Sein Land teile den Standpunkt Frankreichs und Englands und halte eine Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerverband für eine unbedingte Notwendigkeit.

Bemerkenswert war die Erklärung des polnischen Außenministers

## Oberst v. Beck.

der dem Eintritt Sowjetrußlands zustimmte. Beck erinnerte an die Wiederaufnahme alter Beziehungen seines Landes zu Sowjetrußland. Er begrüßte zum Schluß, daß Sowjetrußland nunmehr im Völkerverband ein Faktor internationaler Friedenssicherung werde. Viele Bemerkungen des Obersten Beck wurden mit besonderer Aufmerksamkeit entgegengenommen. Besonders hatte Polen vor kurzem sich noch gegen Rußlands Aufnahme ausgesprochen.

Besonders eindrucksvoll waren die Ausführungen des augenblicklichen Vizepräsidenten

## Benesch.

Er erklärte, daß die Tschekoslowakei den Eintritt Sowjet-

rußlands begrüße. Ein so wichtiger Teil Europas könne nicht außerhalb des Völkerverbands bleiben. Sein Land wolle loyal mit Sowjetrußland zusammenarbeiten. Er hoffe, daß Rußlands Eintritt der Sicherung des Friedens dienen werde.

Danach sprachen der kanadische Ministerpräsident Bennett, der türkische Außenminister Cemal Rüdchi Bey und Madagasscar und Spanien, die sich sämtlich für die Aufnahme aussprachen und den Eintritt Rußlands im Namen ihres Volkes begrüßten.

Dann schloß er eine Entschliebung vor, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die sechste Kommission in Erwägung der an Rußland durch 34 Staaten ergangenen Einladung und in Würdigung der russischen Antwort, in der die Sowjetunion sich zur Erfüllung der für alle Völkerverbandsmächte geltenden internationalen Verpflichtungen bereit erklärt, der Vollversammlung die Aufnahme Sowjetrußlands in den Völkerverband empfiehlt. Diese Entschliebung wurde in namentlicher Abstimmung mit 38 Ja-Stimmen gegen drei Nein-Stimmen (Schweiz, Holland, Portugal) und bei sieben Stimmenthaltungen, hauptsächlich südamerikanischer Staaten, angenommen.

## Erste sowjet-amtliche Äußerung

### Ein Aufsatz der „Iswestia“

Moskau, 17. September.

Die öffentliche Meinung Sowjetrußlands nimmt mit Befriedigung Kenntnis von der bevorstehenden Aufnahme Rußlands in den Völkerverband. Die offizielle „Iswestia“ nimmt besonders eingehend Stellung zu dieser neuen politischen Lage:

Das Blatt stellt zunächst fest, daß die Einladung der Sowjetregierung nach Genf und die Annahme dieser Einladung ein Ereignis von größter politischer Bedeutung darstelle. In dem geschichtlichen Rückblick, der sich an diese Feststellung anschließt, heißt es, der Völkerverband, der entstanden sei als eine Organisation der Siegerstaaten, habe seine Spitze nicht nur gegen die im Kriege Besiegten, sondern auch gegen den damals aufkommenden „ersten Staat der Welt, der den Sozialismus verwirklichte“, gerichtet.

Der Versuch, den Willen der siegreichen kapitalistischen Staaten der Arbeiterklasse und der Bauernschaft Rußlands entgegenzusetzen, sei durch die vereinigten Anstrengungen der Volksmassen siegreich abgewehrt worden. Von dem „allgemeinen Haß der kapitalistischen Welt umringt“, habe die Sowjetregierung das durch einen imperialistischen Krieg zerrüttete Land aus dem Verfall emporgehoben und zum Aufbau des Sozialismus geführt.

Eine 17jährige Geschichte proletarischer Revolution habe zum riesigen Anwachsen der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Macht Sowjetrußlands geführt. Auf Grund dieses Wachstums habe Sowjetrußland eine rote Armee geschaffen können, die in der Lage sei, jeden Angriff abzuwehren. Aber ihre wachsende Macht habe die Sowjetunion nicht auf dem Weg der Kriegsbekämpfung, auf dem Weg eines „roten Imperialismus“ geführt, wie kapitalistische Verleumder behaupten wollten, sondern die Sowjetunion sei ein Hort des Kampfes um den Frieden geworden. Nicht nur habe sie ihren nächsten Nachbarn die Hand entgegengehalten, mit denen sie Nichtangriffspakte abschloß, sondern sie habe auch an sämtlichen Friedenskonferenzen teilgenommen, die der Völkerverband einberief, ungeachtet dessen feindlicher Einstellung gegenüber Sowjetrußland.

Die Sowjetunion habe den radikalsten Plan, nämlich die totale Abrüstung, vorgeschlagen, was allerdings nicht angenommen worden sei. Das Auftreten der Sowjetunion habe jedoch eine Rolle gespielt. Es habe bewiesen, daß sie der „einzige Staat“ sei, der tatsächlich das Friedenswerk dauernd verteidige.

Die Ehrlichkeit der sowjetrussischen Friedensbekämpfungen sei schließlich auch im Auslande anerkannt worden, und habe

## Paris

### Die Marxistische Arbeiterschule

eröffnet das Wintersemester 1934/35 mit einer großen öffentlichen Kundgebung Freitag, den 21. September 1934, um 8 Uhr abend im Saale F. der Mutualité. Thema: Die aktuelle Lage in Deutschland. Freie Diskussion. Eintritt frei! Erscheint in Massen!

## BRIEFKASTEN

Die „Sozialistische Zeitung“ ist genau das, was wir erwartet haben: Sie stellt sich unserer Aufforderung nicht. Weder in einer freien Diskussion, noch vor Gericht hat sie etwas Sachliches gegen unsere rein historische Feststellung vorzubringen, daß der alte Hindenburg den deutschen Staat einer Räuberbande ausgeliefert hat. Ebenso hat sie sich, auf die Ehrentags- und Subventionsgeschichten der Familie Hindenburg, auf den Ost-West- und die Ermordung Schleichers mit einem Wort einzugehen. Da ist die Regierungskommission mit einem Verbot unserer Zeitung absolut nicht zu Hilfe kommen will, bleibt der „Sozialistische Zeitung“ nur ein Trost: Sie hofft seufzend, daß die gefährliche „Deutsche Freiheit“ nach dem 13. Januar im Saargebiet nicht mehr erscheinen dürfte. Darin soll sie sich täuschen.

Ein (Mittler). Sie schreiben uns: Wäre es Ihnen nicht möglich, im Briefkasten eine Anfrage zu richten nach dem Verbleib des Oberregierungsrates Herrn Karl Edmund Weindrenner, Duisburg. Er wurde im vergangenen Jahre in Bad Nauheim, wo er zur Kurkur weilte, von den Nazis ohne irgend welchen Grund verhaftet und ist seitdem verstorben. Es ist bis heute unmöglich gewesen, irgend eine Nachricht über den Verbleib zu erhalten. Weindrenner gehörte der Zentrumspartei in Duisburg an. Er war Direktor des Arbeitsamtes in Duisburg. Jemand ein Vergehen hat sich Weindrenner nie zuschulden kommen lassen. Es ist ja immerhin möglich, daß irgendein Fehler Ihrer Zeitung etwas Näheres über den Verbleib erfahren hat, zumal Weindrenner ja eine bekannte Persönlichkeit war.

Was Baden wird uns geschrieben: Es wird Ihnen nicht unbekannt sein, daß Ihre Zeitung, aus der wir Nachrichten erhalten, mehr an Tatsachen erfahren, als alle Goebbels-Blätter und täglich beweihräuernd vorlesen, auch in Baden ist von Hand zu Hand geht. Eine Notiz, die in der „Frankfurter Zeitung“ stand, wachte ich Ihrer Aufmerksamkeit empfehlen, da sie die beste Übersetzung von uns evangelischen Christen hervorzuheben mag. Der evangelische Oberkirchenrat Karlsruhe hat es in seiner Seriosität fertiggebracht, in den Kirchen die Narbe nicht wie bisher für die Ehrigkeit, sondern auf den „Dol“ persönlich auszubedenken, also auf den Mann, der die Verantwortung für das Blut all dieser trägt, die nur wegen ihrer anderen politischen Überzeugung mißhandelt, auf der Nacht erschossen, feige gemordet worden sind. Ich habe mir erlaubt, diese meine Meinung, die auch die Meinung von Millionen deutscher evangelischer Christen ist, in einem Brief dem Karlsruher Oberkirchenrat bekanntzugeben, und hinzugefügt, daß, wenn Christus heute nochmals am Kreuz zu stehen hätte, er diesen Mann, — den auch in Baden Tausende als einen Sünder, einen haltlosen Vandalen und Reichsverderber ansehen, — von seiner Gnade ausschließen müßte. Mit einem Interesse, daß Sie im „Ruhrland“ Baden kaum für möglich halten (der Jüngling Wagner wird oft als somatische Figur betrachtet), verfolgen wir Ihren Freiheitskampf an der Saar und können es verstehen, wenn Sie selbstständig für Deutschland eintreten, aber von den Seemannen, mit denen uns das Reich der braunen Banzen „beglückt“, nichts wissen wollen.

# Die unmögliche „Abrüstungs“-Kommission

## Henderson verschleibt sie wieder einmal

(Von unserem Korrespondenten)

Paris, 15. September.

Herr Henderson hat wiederum die Einberufung der Entwaffnungskonferenz, deren Vorsitzender er ist, hinausgeschoben. Er verliert diese Entscheidung mit verschiedenen Vorwänden zu rechtfertigen, wie dem Eintritt Rußlands in den Völkerverband und die Verhandlungen über den Ostpakt. Aber wenn er es wagen würde, die Wahrheit zu sagen, so würde er ganz einfach seinen Kollegen erklären: „Die Furcht mich lächerlich zu machen, zwingt mich, unsere Verhandlungen auf den St. Nimmerleinstag zu versetzen.“

Mit diesen Worten leitet Wallus seine Betrachtungen über die Abrüstungskommission im „Autantaleant“ ein. Er meint, alle Länder der Erde hätten tatsächlich ihre Rüstungen entweder vermehrt oder sie letzten die Vergrößerungen noch fort. Selbst das in der Rüstungsfrage so förmliche England habe sich entschlossen, eine Luftflotte zu bauen, die es mit allen anderen Luftflotten aufnehmen könne. Italien sei sehr hart militarisierter. Auch Rußland sei es genau wie Japan. Die kleine Entente, sagt Wallus weiter, kann über bedeutende Truppenmassen verfügen. Die beteiligten Staaten

haben eine gewaltige Marine, und Frankreich baut seine mächtigen Ausrüstungswerte weiter aus. Ich weiß wohl, fährt er dann fort, daß die Delegierten der Entwaffnungskonferenz bei ihren Verhandlungen immer so taten, als wähen sie nichts von den Maßnahmen der Kriegsmächte ihrer Länder. Sie hätten sich auch noch ein weiteres Mal uninformiert über die Tatsachen geäußert und bewundernswürdige Theorien entwickeln können. Aber die Juhörer hätten doch wohl Nähe gehabt, nicht darüber zu lachen.

Herr Henderson, so schließt Wallus seine Ausführungen, hat das verstanden. Er versichert darauf, ein Schauspiel zu bieten, das er für ernst und bedeutungsvoll anseh, und das doch schon lange eine Komödie war. Und er tut gut daran. Er wird auch im November, woran wir nicht zweifeln, irgendwelche ausgezeichneten Gründe finden, um die Verhandlungen auf den Nimmerleinstag zu verschieben.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Pöhl in Duisburg; für Inserate: Otto Kuhn in Soarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH, Soarbrücken & C. Hagenstraße 3, — Schließfach 770 Soarbrücken.